

IZA DP No. 234

**Sozioökonomische Determinanten  
extremistischer Wahlerfolge in Deutschland:  
Das Beispiel der Europawahlen 1994 und 1999**

Ralph Rotte  
Martin Steininger

December 2000

# **Sozioökonomische Determinanten extremistischer Wahlerfolge in Deutschland: Das Beispiel der Europawahlen 1994 und 1999**

**Ralph Rotte**

*Universität der Bundeswehr München, CEPR, London  
and IZA, Bonn,*

**Martin Steininger**

*Technische Universität München*

Discussion Paper No. 234  
December 2000

IZA

P.O. Box 7240  
D-53072 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-3894-0  
Fax: +49-228-3894-210  
Email: [iza@iza.org](mailto:iza@iza.org)

This Discussion Paper is issued within the framework of IZA's research area *The Welfare State and Labor Markets*. Any opinions expressed here are those of the author(s) and not those of the institute. Research disseminated by IZA may include views on policy, but the institute itself takes no institutional policy positions.

The Institute for the Study of Labor (IZA) in Bonn is a local and virtual international research center and a place of communication between science, politics and business. IZA is an independent, nonprofit limited liability company (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) supported by the Deutsche Post AG. The center is associated with the University of Bonn and offers a stimulating research environment through its research networks, research support, and visitors and doctoral programs. IZA engages in (i) original and internationally competitive research in all fields of labor economics, (ii) development of policy concepts, and (iii) dissemination of research results and concepts to the interested public. The current research program deals with (1) mobility and flexibility of labor markets, (2) internationalization of labor markets and European integration, (3) the welfare state and labor markets, (4) labor markets in transition, (5) the future of work, (6) project evaluation and (7) general labor economics.

IZA Discussion Papers often represent preliminary work and are circulated to encourage discussion. Citation of such a paper should account for its provisional character.

## ABSTRACT

### **Sozioökonomische Determinanten extremistischer Wahlerfolge in Deutschland: Das Beispiel der Europawahlen 1994 und 1999\***

Empirical research on the determinants of right and left-wing extremist election successes is still dominated by descriptive statistical methods. The existing literature in political economy and political science mainly relies on interviews and survey results as well as on qualitative analyses of party organizations and programs. Contrary to this approach, in this study we try to identify significant, structural socio-economic factors which determined the vote for the right-wing „Republikaner“ party and the left-wing Party of Democratic Socialism (PDS) in the two recent elections of the European Parliament in Germany. We use a new data set on the level of German counties (*Kreise*) that is analyzed econometrically by a FGLS random effects panel model. The results we obtain are partly in stark contrast to empirical findings discussed in the mainstream literature and in the public. The resulting, most important areas of political action against extremist parties seem to be education, a differentiated labor market policy, social work with adolescents, and the maintenance of a generous system of social security and welfare.

JEL Classification: D60, D72, I28, J60, P16

Keywords: Elections, political extremism, labor market policy, welfare policy

Martin Steininger  
Technische Universität München  
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre  
Arcisstr. 21  
80333 München  
Germany  
Tel.: +49 89-289-28672  
Fax: +49 89-289-25214  
Email: [Martin.Steininger@vwl.wiso.tu-muenchen.de](mailto:Martin.Steininger@vwl.wiso.tu-muenchen.de)

---

\* Die Autoren danken Christoph M. Schmidt, Gerhard Hirscher und den Teilnehmern der ESF/EURESCO-Konferenz „Migration and Development: Second Generation Immigrants and the Transition to Ethnic Minorities“ in Acquafredda di Maratea (Neapel) im Mai 2000 für hilfreiche Kommentare und Anregungen.

## 1. Einführung

Nach den deutlichen Erfolgen extremistischer Parteien in den letzten Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen und der Zunahme rechtsextremer Aktivitäten in der Bundesrepublik steht die Frage einer sachpolitischen Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus noch immer und sogar wieder verstärkt im Mittelpunkt der politischen Arbeit der demokratischen Parteien. Insbesondere die offensichtliche Etablierung der PDS als postkommunistische Protestpartei in Ostdeutschland und die unter massiver populistischer und ausländerfeindlicher Propaganda zustande gekommenen Erfolge der DVU (in Sachsen-Anhalt 1998, Bremen und Thüringen 1999) sowie die Behauptung der Republikaner als relevante politische Kraft zumindest in Baden-Württemberg zeigen, daß das bestehende Parteiensystem für ein bedeutendes Wählerpotential nicht mehr unbedingt attraktiv genug ist. Dieses Wählerpotential läßt sich bundesweit schwer einschätzen, macht aber sowohl am linken wie am rechten Rand des Parteienspektrums sicherlich fünf bis zehn Prozent aus.

Es ist daher von zentraler Bedeutung für die Verhinderung einer dauerhaften parlamentarischen Präsenz undemokratischer Parteien, wenigstens auf Bundes- und Europaebene, die Ursachen für die Wahl links- und rechtsextremer Parteien zu kennen. Hierzu gibt es in der Parteien- und Wahlforschung eine kaum zu übersehende Literatur im nationalen wie im internationalen Bereich. Zu den bevorzugten Instrumenten der Forschung gehören einerseits die Analyse von Inhalt und Struktur extremistischer Parteiprogramme, der Parteiorganisationen und ihrer Repräsentanten, ihrer Wahlkampfaußagen und ihrer Medienpräsenz, sowie andererseits die empirische Auswertung von Umfrageergebnissen und Wahlergebnissen. Letztere beruhen in erster Linie auf der Analyse von Persönlichkeitsstrukturen und sozialen wie ökonomischen Lebensumständen der Befragten. Verhältnismäßig rar sind hingegen Untersuchungen, die sich mit dem Zusammenhang von Wahlergebnissen und bestehenden sozioökonomischen Strukturen auf lokaler oder regionaler Ebene unabhängig von der methodisch problematischen subjektiven Perzeption der Interviewpartner beschäftigen. Soweit solche Studien überhaupt vorliegen, sind sie zudem oft mit dem Manko behaftet, daß das verwendete empirische Instrumentarium (einschließlich der Reichweite der genutzten Daten) weder der Komplexität der Fragestellung noch dem gegenwärtigen Stand der statistischen Methodik gerecht wird.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die hier vorliegende Untersuchung durch folgende Punkte aus, die ihren inhaltlichen wie methodischen Ansatz prägen:

1. Um die grundsätzliche Problematik der Objektivierung von Umfrageergebnissen und subjektiven Meinungen zu umgehen und sich auf einen wesentlichen praktischen Aspekt der Parteienforschung zu konzentrieren, nämlich die Wahlrelevanz, stützt sich die Analyse ausschließlich auf objektivierbare politische und sozioökonomische Daten. Die Fragestellung richtet sich somit ausschließlich auf die strukturellen Determinanten links- und rechtsextremer Wahlerfolge in Deutschland. Diese, in der Literatur als „ökologische Analyse“ bekannte Vorgehensweise ermöglicht die Identifizierung relevanter sozial- und wirtschaftspolitischer Bedingungen, die von der praktischen Politik durchaus verändert und damit zur Bekämpfung des Extremismus eingesetzt werden können.
2. Die Analyse nähert sich den konkreten Lebensumständen der Menschen vor Ort so weit an, wie dies mit Hilfe statistischer Daten überhaupt und angesichts der vorgegebenen Datenlage inhaltlich möglich ist. Sie wertet dazu einen Datensatz aus, der wesentliche sozioökonomische Informationen auf Kreisebene umfaßt. Auf dieser Ebene existiert bislang keine Untersuchung für das ganze Bundesgebiet, das hier in seiner Grundgesamtheit abgebildet wird anstatt mit Hilfe mehr oder weniger repräsentativer Einzelbeobachtungen. Die Studie versteht sich in diesem Sinne auch als Vorreiter einer detaillierteren empirischen Betrachtung in der strukturellen Wahlanalyse, für die nun nach und nach von verschiedenen Behörden und Forschungseinrichtungen bessere Daten zur Verfügung gestellt werden. Natürlich findet sie entsprechend dort ihre Grenzen, wo sie noch nicht auf entsprechende Daten zurückgreifen kann.
3. Die hier betrachteten Ergebnisse der Europawahlen 1994 und 1999 wurden aus zwei wesentlichen Gründen ausgewählt. Zum einen waren die Resultate der hier analysierten links- und rechtsextremen Parteien in diesen beiden Wahlen noch verhältnismäßig einfach zu identifizieren und mit den strukturellen Daten der Kreise, die ja zum Teil erheblich von den Wahlkreisen abweichen, zu verbinden. Weitere Untersuchungen für die Bundestagswahlen sind daher aufwendiger und erst in Zukunft möglich. Zum anderen ist aus der existierenden Wahlforschung bekannt, daß die Ergebnisse von Europawahlen traditionell als „Denkzettelwahlen“ aufgrund der verbreiteten Geringschätzung der legislativen Rolle des Europäischen Parlaments weniger stark von taktischen Erwägungen der Wähler verzerrt sind als etwa Bundestagswahlen, bei denen die Frage der Regierungsmehrheit im Mittelpunkt steht. Man kann entsprechend davon ausgehen, daß die Äußerung der Bürger bei Europawahlen, die in erster Linie von innenpolitischen

Faktoren getrieben wird,<sup>1</sup> in gewissem Sinn ein „ehrlicheres“ (wenn auch entsprechend unter Umständen überzeichnetes) Abbild der herrschenden Stimmung bietet, was grundsätzliche politischen Orientierungen angeht.<sup>2</sup> Schließlich ermöglichen die Europawahlen als „Nebenwahlen“ in der Perzeption des Wählers eine Meinungsäußerung, ohne weiterreichende Konsequenzen (z.B. bei der Regierungsbildung) befürchten zu müssen. Entsprechend geht diese Studie davon aus, daß Europawahlen besonders aufschlußreich im Hinblick auf die spontane Äußerung der Wählerbefindlichkeit und ihrer sozioökonomischen Einflüsse sind.

4. Die empirische Analyse bedient sich eines statistischen Ansatzes, der in der ökonometrischen Literatur weitverbreitet ist, jedoch in den Sozial- und Politikwissenschaften relativ selten verwendet wird. Mit Hilfe dieses Ansatzes, auf den im vorliegenden Kontext nur sehr begrenzt eingegangen werden kann, liegt ein technisches Instrument vor, das viele der üblichen statistisch-methodischen Probleme empirischer Untersuchungen wenn nicht lösen, so doch in engen Grenzen halten kann.

Die Studie gliedert sich in fünf weitere Teile. Abschnitt 2 gibt einen knappen Überblick über empirisch gestützte Ergebnisse zu den Determinanten des Wahlverhaltens bezüglich extremistischer Parteien. Abschnitt 3 geht kurz auf die untersuchten extremistischen Parteien ein, in erster Linie auf die PDS und die Republikaner. Abschnitt 4 stellt den Datensatz und die Methode der empirischen Untersuchung vor. Abschnitt 5 referiert und interpretiert die Ergebnisse der vorgenommenen Regressionsanalyse. Abschnitt 6 faßt die wesentlichen Ergebnisse zusammen und zieht Schlußfolgerungen für die praktische Politik.

## **2. Zum Forschungsstand**

### **2.1. Vorbemerkungen**

Insbesondere zur Frage nach den Determinanten der Attraktivität rechtsextremer Gruppen und Parteien und ihrer Wahlerfolge in den achtziger und neunziger Jahren liegt eine große Zahl nationaler und internationaler Forschungsergebnisse vor. Angesichts des europaweiten

---

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Niedermayer (1994); Schmitt (1994); Infratest dimap (1999).

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Forschungsgruppe Wahlen (1989); Niedermayer (1994); Roth (1994)

verstärkten Auftretens rechter Parteien finden sich gerade im letzten Bereich einige interessante Beiträge in empirisch orientierten politikwissenschaftlichen Zeitschriften wie dem *European Journal of Political Research*. Nachdem die europäischen linksextremen Parteien nach dem Kollaps der realsozialistischen Staaten als ihren zentralen Geld- und Ideengebern seit dem Ende der achtziger Jahre mit großen materiellen wie ideologischen Problemen zu kämpfen haben, überrascht es nicht, daß die Zahl der entsprechenden Untersuchungen zu den Linksparteien wesentlich geringer ist. Dies gilt vor allem für empirische Arbeiten, die über die Schilderung von Organisationsstrukturen und Parteiziele hinausgehen und sich mit statistischen Instrumenten vorliegendem Zahlenmaterial aus Umfragen und amtlichen Erhebungen nähern. Im Zentrum steht die Frage nach der tatsächlichen Wandlung der kommunistischen Parteien zu „demokratisch-sozialistischen“, insbesondere in Italien und Deutschland. Im folgenden werden einige zentrale Resultate zusammengefaßt, die, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, den wesentlichen Stand der auch international rezipierten Forschung zu den Determinanten des politischen Extremismus zusammenfassen.

Bevor jedoch auf die konkreten Determinanten extremistischer Erfolge eingegangen werden kann, sind noch einige Begriffe zu klären, die in der Extremismuskonzeption eine zentrale Rolle spielen. Terminologisch zu unterscheiden ist dabei zunächst zwischen „extremen“ und „radikalen“ Parteien. Vereinfacht kann man die „Radikalen“ einerseits als Vorläufer der „Extremisten“ betrachten. Seit den 60er Jahren wurde der im 18./19. Jahrhundert ursprünglich gar nicht negativ besetzte Begriff nicht nur für linke Gruppierungen, sondern auch für rechte verwendet, die die etablierte gesellschaftliche und politische Ordnung in westlichen Demokratien zu gefährden schienen. Seit Mitte der 70er Jahre wird anstelle des Radikalismus-Begriffes häufig der des Extremismus verwendet. In der Folge gibt es in der wissenschaftlichen und publizistischen Literatur im Grunde bis heute keinen wirklich befriedigenden Grundkonsens bezüglich der begrifflichen Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus, insbesondere was die weitverbreitete synonyme Verwendung beider Termini auch in der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung angeht.

Die begriffliche Entwicklung seit den 70er Jahren geht andererseits mit der Grenzziehung zwischen Gruppierungen und Parteien einher, die sich soweit vom Verfassungskonsens entfernt haben, daß sie vom Verfassungsschutz überwacht werden müssen, und solchen, die

sich trotz ihrer, vom politischen Mainstream abweichenden Auffassungen und Aktivitäten formaljuristisch noch auf dem Boden der Verfassung befinden. Als extremistisch werden danach Organisationen und Parteien, Ideologien und Einstellungen bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat, den politischen Pluralismus und das freiheitliche Recht auf Opposition ablehnen. Der Begriff des Radikalismus kann sich außerdem eher auf die Art und Weise beziehen, mit der ein politisches Ziel durchgesetzt werden soll, insbesondere durch Gewalt und Terror, während Extremismus auf das politische Ziel und die politischen Vorstellungen selbst abzielt.

Der Verfassungsschutz versteht in Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz und das Strafgesetzbuch unter extremistischen Parteien solche, deren Bestrebungen fundamental gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Wesentliche Prinzipien der letzteren sind dabei:<sup>3</sup>

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, speziell vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Volkssouveränität (insbesondere das Recht der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl der Volksvertretung),
- die Gewaltenteilung,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die der Exekutive und Jurisdiktion an Gesetz und Recht (Rechtsstaatlichkeit),
- das Mehrheitsprinzip einschließlich der Chancengleichheit der demokratischen Parteien und das Recht zur parlamentarischen Opposition sowie

---

<sup>3</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (1999a), S. 3f.



- die Unabhängigkeit der Gerichte.

Unter politischem Extremismus versteht man also zusammenfassend weitgehend verfassungsfeindliche, demokratiegefährdende Strömungen mit mehr oder weniger autoritärer oder totalitärer Zielsetzung auf der Basis einer mehr oder weniger geschlossenen antipluralistischen Ideologie. Dabei ergab sich in Deutschland im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, in denen der Eurokommunismus gesellschaftlich besser etabliert war (z.B. in Frankreich und Italien), die Besonderheit, daß im politischen und wissenschaftlichen Mainstream von einer grundsätzlichen Symmetrie zwischen links und rechts ausgegangen wurde.<sup>4</sup> Zu beachten ist ferner, daß der Extremismus-Begriff heute so weit gefaßt ist, daß sich die Möglichkeit ergibt, ein sehr heterogenes Feld antidemokratischer politischer Gruppen und Weltanschauungen zu erfassen. Im Unterschied zur Radikalismus-Debatte der fünfziger und sechziger Jahre, die sich besonders auf explizit neonazistische bzw. kommunistisch-stalinistische Bewegungen bezog, wird hierdurch auch eine Einordnung von kleinbürgerlichen Protestbewegungen wie des französischen Poujadismus möglich. Die Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“ kann dabei traditionell in erster Linie anhand ihrer marxistisch-leninistischen bzw. ethnozentrisch-chauvinistischen Ausrichtung erfolgen, die sich vor allem in den vorwärts- bzw. rückwärtsgewandten Vorstellungen zur Umgestaltung der Gesellschaft (Verweis auf eine zukünftige Idealgesellschaft bzw. Wiederherstellung vergangener Organisationsformen und Werte) äußert.<sup>5</sup> Der weite Extremismusbegriff ermöglicht damit auch eine Subsumierung populistischer Strömungen, wie sie insbesondere für einen Teil der „dritten Welle“ des europäischen Rechtsextremismus seit den achtziger Jahren charakteristisch ist.

Der moderne Rechtsextremismus vertritt allgemein eine Mischung von neoliberalen und autoritären Forderungen gegen den Interventionismus des Staates und das politische Establishment, und plädiert für den kleinen Mann und den freien Markt; ebenso basiert er auf ethnozentristischen, ausländerfeindlichen und autoritären Positionen. Als Prototyp für eine solche neue Rechtspartei kann nach Teilen der Literatur die französische Front National dienen. Im Unterschied dazu betonen rechtspopulistische Parteien wie die österreichische FPÖ oder die italienische Lega Nord besonders die Opposition gegen das politische Establishment und weniger ethnozentristische Inhalte. Dabei gibt es durchaus eine starke Ausrichtung auf autoritäre Führungspersonlichkeiten, jedoch bauen die Parteien weniger auf

---

<sup>4</sup> Vgl. von Beyme (1988).

verhältnismäßig geschlossenen (ethnozentrisch-rassistischen bis neonazistischen) Ideologie auf als vielmehr auf tagespolitischem Opportunismus mit einer inhaltlich wenig konsistenten Ausrichtung auf das, was beim Wähler gut ankommt.<sup>6</sup> Angesichts der dabei fließenden Übergänge wird jedoch im Folgenden – in Anlehnung an die Praxis der Berichterstattung der Verfassungsschutzbehörden - auf eine weitere Differenzierung zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien verzichtet. So werden in Teilen der Literatur die Republikaner in Deutschland, der Vlaams Blok in Belgien, die Schweizer Volkspartei, die Freiheitlichen in Österreich, die Lega Nord in Italien, die Fremskrittpartiet in Norwegen und selbst die Front National zu den rechtspopulistischen Parteien gezählt, obwohl sie sich durchaus durch eine stark variierende offizielle Position beispielsweise zur Ausländerfrage oder zur Wirtschaftspolitik auszeichnen.

Das alleinige Kriterium, das im Folgenden für die Frage nach dem extremistischen, d.h. verfassungsfeindlichen Charakter einer Partei oder Gruppierung angewendet wird, ist daher die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Damit wird auch ein weiteres Problem der Unterscheidung zwischen Extremen, Radikalen und Populisten umgangen, das sich insbesondere aus den Intellektualisierungsversuchen des Rechtsextremismus ergibt: Durch eine sorgfältigere Wortwahl und bürgerliche Ablehnung von Gewalt und Umsturz hofft die „Neue Rechte“ die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen. Selbst wenn diese Versuche bislang als nicht allzu erfolgreich erscheinen, erschwert die Verbrämung eigentlich extremer Ziele durch die rhetorische Annäherung an rechtskonservative Positionen ihre eindeutige Identifikation und Zuordnung, z.B. in der umstrittenen Wochenzeitung „Junge Freiheit“.<sup>7</sup> Die problematische Abgrenzung der verschiedenen Gruppen zeigt sich schließlich auch in organisatorischen Verbindungen zwischen „populistischen“ und „extremen“ Parteien, z.B. zwischen den Republikanern und der NPD.<sup>8</sup> Entsprechend ist es folgerichtig, wenn diese theoretische Differenzierung in der Praxis des Verfassungsschutzes keine zentrale Rolle spielt.

---

<sup>5</sup> Vgl. Scheuch/Klingemann (1967).

<sup>6</sup> Vgl. Betz (1996); Betz (1998); Arzheimer/Klein (1999).

<sup>7</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2000); Bundesamt für Verfassungsschutz (2000), S. 69ff.

<sup>8</sup> Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 5ff.

## 2.2. Determinanten von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Bei der Frage nach den Determinanten des Erfolges rechtsextremer Parteien ist es notwendig, sich eine differenzierte Betrachtungsweise zu eigen zu machen, nachdem der Rechtsextremismus als ideologische Kombination verschiedenster Elemente aufgefaßt werden kann.<sup>9</sup> Als überwiegendes verbindendes Element aller rechtsextremen Parteien Westeuropas werden jedoch insbesondere Rassismus und Nationalismus identifiziert.<sup>10</sup> Von Rechtsextremismus kann man in Anlehnung an die obige Begriffsbestimmung und empirische Gemeinsamkeiten der betreffenden Parteien dann sprechen, wenn mindestens je ein Element aus zwei Komplexen von Attributen vorhanden ist: In-Outgroup-Differenzierung (mit Ethnozentrismus, Rassismus und Xenophobie) und Hierarchie (Autoritätssehnsucht, Nationalismus).<sup>11</sup>

Faßt man die Ergebnisse von Wahlen und Umfragen zusammen, wie sie in der Literatur berichtet werden, so lassen sich folgende Eigenschaften der Wähler rechtsextremer Parteien in Westeuropa identifizieren:

1. Die Wähler rechtsextremer Parteien sind grundsätzlich gegen eine weitere Zuwanderung von Ausländern. Dabei richtet sich ihre Opposition gegen Immigration weniger ursächlich nach den realen Gegebenheiten des Ausländerzuzugs (Umfang oder Zusammensetzung) als nach der Präsenz der Problematik in den Medien.<sup>12</sup>
2. Ihre Xenophobie verbindet sich mit einem ausgeprägten Gefühl nationaler Identität, die zu einem radikalen Nationalismus führt. Ihr Ziel ist ein kulturell homogener, autoritärer Staat, der Sicherheit und Ordnung durchsetzt. Dabei fehlen ihnen jedoch zumindest zum Teil die antibürgerlichen und antikapitalistischen Charakteristika der rechtsextremen Parteien der Zwischenkriegszeit, selbst wenn teilweise durchaus Traditionslinien des Faschismus und des Nationalsozialismus wiederaufgenommen werden.<sup>13</sup> Der Nationalismus verbindet sich mit einer antieuropäischen und neutralistischen Haltung, die sich generell gegen internationales Engagement und supranationale Integration richtet.

---

<sup>9</sup> Vgl. Mudde (1995).

<sup>10</sup> Vgl. Butterwegge (1999).

<sup>11</sup> Vgl. Meijerink/Mudde/Van Holsteyn (1998).

<sup>12</sup> Vgl. z.B. Lepsky (1989); Saalfeld (1993); Falter (1994); Billiet/De Witte (1995); Thränhardt (1995); Fascher (1997).

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Funke (1989); Backes (1990); Rippl/Schmidt/Schurhoff/Seipel (1991); Saalfeld (1993); Fascher (1997).

Die europäische Integration wird bisweilen sogar selbst als eine zentrale Ursache der Fragmentierung des Parteiensystems durch Extremisten angesehen, nachdem sie den politischen Dissens verstärkte, aber gleichzeitig den nationalen Regierungen das Instrumentarium zur Bewältigung der extremistischen Herausforderung (z.B. durch Wirtschafts- und Sozialpolitik) aus der Hand nehme.<sup>14</sup>

3. Sie sind gegen die Frauenemanzipation und sehnen sich nach einer traditionelleren Gesellschaft. Aufgrund einer starken Bindung rechtsextremer Orientierungsmuster an typisch männlichen, individualistischen Stereotypen ist die Mehrheit der rechtsextremen Wähler männlich.<sup>15</sup>
4. Sie nehmen sich selbst als in einer wirtschaftlich unsicheren Situation befindlich an, sind sozial eher isoliert und halten sich für Opfer der sozioökonomischen und technologischen Modernisierung im Zuge der Globalisierung (in Ostdeutschland auch der Wiedervereinigung). Dies hängt auch damit zusammen, daß sie (insbesondere Jugendliche) ein eher unterdurchschnittliches Bildungsniveau und entsprechend geringe Aussichten und Absichten haben, beruflich Karriere zu machen.<sup>16</sup>
5. Sie begegnen der etablierten Politik und ihren Vertretern mit Abscheu und lehnen als sich benachteiligt fühlende „kleine Leute“ das politisch-gesellschaftliche Establishment als korrupt oder dekadent ab. Entsprechend sind sie auch mit der Arbeit konservativer Regierungen unzufrieden. Der Erfolg rechter Parteien ist somit auch Ausdruck einer Krise der etablierten Volksparteien. Ein bedeutender Teil der Wählerschaft der Rechtsextremen und Rechtspopulisten rekrutiert sich aus Protestwählern, die von daher dem ideologischen Gedankengut der jeweiligen Parteien nicht wirklich nahestehen müssen.<sup>17</sup> Trotzdem gibt es ein durchaus weitgehend konstantes rechtsextremes *Wählerpotential*, das in Deutschland auf beispielsweise etwa 9-10% geschätzt wird. Der nachhaltige Absturz der Republikaner in Deutschland ist vor diesem Hintergrund weniger Ausdruck einer grundlegenden Wiederherstellung politischer Zufriedenheit als vielmehr Folge

---

<sup>14</sup> Vgl. Lepszy (1989); Hardy (1994).

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Meloen u.a. (1988); Fascher (1997); Rippl u.a. (1998).

<sup>16</sup> Vgl. z.B. Westle/Niedermayer (1992); Hopf, (1994); Mayer (1996).

<sup>17</sup> Vgl. z.B. Lepszy (1989); Betz (1990a); Mayer/Perrineau (1992); Westle/Niedermayer (1992); Saalfeld (1993); Falter (1994).

innerparteilicher Querelen, der schnellen Wiedervereinigung und der Abneigung gegen die Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern.<sup>18</sup>

Aus diesen Eigenschaften folgen einige strukturelle Determinanten für den Erfolg rechter Parteien. Zum einen ist hier die wirtschaftliche Benachteiligung, z.B. drohende oder tatsächliche Arbeitslosigkeit, zu nennen, die unter dem Schlagwort der relativen sozioökonomischen Deprivation zum Standardrepertoire der Erklärung extremistischer Phänomene gehört. Als ebenso wichtig und von manchen Autoren als entscheidend betrachtet werden kann jedoch auch die kulturelle und psychische Opposition gegen die Modernisierung, die zu einer Aushöhlung tradierter Orientierungsmuster auch in der Parteienlandschaft und Regierungspraxis führt.<sup>19</sup> Beide Aspekte verbinden sich zum Teil mit der wachsenden Öffnung der europäischen Gesellschaften, die beispielsweise in der Einwanderung ihren unmittelbaren interkulturellen Niederschlag findet. Wichtig ist dabei die Feststellung, daß es weniger das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung als vielmehr die Medienaufmerksamkeit in der Folge immigrations- und ausländerfeindlicher Kampagnen rechter Parteien ist, die rechtsextreme Wahlerfolge erst zu ermöglichen scheinen.<sup>20</sup>

### **2.3. „Ökologische“ Determinanten des Rechtsextremismus**

Nachdem die Äußerung und Selbsteinschätzung von Präferenzen durch Interviews statistisch-methodisch durchaus problematisch ist und immateriell-psychische Einstellungen schwerer durch politische Maßnahmen zu verändern sind als sozioökonomische Rahmenbedingungen, stellt sich natürlich die Frage, welche strukturellen Determinanten den Erfolg rechter Parteien begünstigen. Eine Beantwortung dieser Frage wird durch einen, in der Literatur als „ökologisch“ bezeichneten, methodisch stark an der statistischen Regressionsanalyse orientierten Ansatz ermöglicht, der auf die konkreten sozioökonomischen Umweltbedingungen von Wahlentscheidungen focussiert. Hierzu liegen weit weniger Studien vor als im vorgenannten Fall, wohl nicht zuletzt deshalb, weil das verfügbare Datenmaterial aufgrund der Involvierung verschiedenster Institutionen der amtlichen Statistik weit heterogener und schwerer zusammenzustellen ist als beispielsweise bei der Befragung von Wählern. Die Ergebnisse von vier interessanten „ökologischen“ Analysen seien kurz referiert:

---

<sup>18</sup> Vgl. Funke (1989); Betz (1990b); Roth (1990).

<sup>19</sup> Vgl. z.B. Götz (1997).

<sup>20</sup> Vgl. Friedrichsen/Schulz/Wolling (1995).

1. Anhand einer detaillierten multiplen Regressionsanalyse von Wahlergebnissen bei den Kommunalwahlen in Belgien 1988 auf die sozioökonomischen Charakteristika der jeweiligen Gemeinden ist aufgezeigt worden, daß höhere Durchschnittseinkommen sich positiv auf das Wahlergebnis der liberalen und negativ auf das der christdemokratischen und der sozialistischen Parteien auswirkt.<sup>21</sup> Im Unterschied zu den Christdemokraten profitieren die Sozialisten von einem hohen Anteil von Bürgern, die staatliche Sozialleistungen erhalten, während sich ein hoher Anteil von Akademikern negativ für die Sozialisten und positiv für die Grünen auswirkt. Jüngere Bürger wählen eher die Christdemokraten oder die Grünen; ältere eher die Sozialisten, die Liberalen oder den Vlaams Blok. In Ballungsräumen verlieren die Christdemokraten und gewinnen Sozialisten, Grüne und Vlaams Blok. Hohe Anteile nordafrikanischer Einwanderer führen zu einem größeren Stimmenanteil von Sozialisten und Vlaams Blok und wirken sich negativ auf die Grünen aus. Für die Determinanten des Wahlerfolges der Rechtsextremen folgt daraus, daß der Vlaams Blok in erster Linie bei älteren Bürgern, in städtischen Verdichtungsräumen und bei relativ hohen Zuwandereranteilen Zuspruch findet. Interessanterweise kommt die Studie darüber hinaus zu dem Schluß, daß eine Zunahme der Stimmen für die Rechtsextremen proportional auf Kosten der Sozialisten geht.
2. Für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg 1993 liegen Resultate einer ökologischen Analyse vor, nach denen sozioökonomische Probleme signifikant die Bereitschaft erhöhen, rechtsextrem oder gar nicht zu wählen.<sup>22</sup> Soziale Schwierigkeiten, die sich empirisch anhand der Arbeitslosigkeit und der Wohnsituation in den verschiedenen Stadtbezirken festmachen lassen, führen danach zu einem Klima der Unsicherheit, sozialen Vorurteilen und politischer Unzufriedenheit, die sich eben in einer ablehnenden Haltung gegenüber der etablierten Politik äußern.
3. Für die Kommunalwahl in Amsterdam 1994 sind für 82 Stadtteile die Determinanten des Stimmenanteils der rechtsextremen Parteien untersucht worden, wobei im Mittelpunkt die Frage nach den Auswirkungen der i.e.L. familiären Lebenssituation der Einheimischen im Mittelpunkt stand.<sup>23</sup> Es ergab sich, daß der Erfolg Rechtsextremer positiv korreliert ist mit dem Anteil verheirateter Paare und dem Anteil von Minderheiten in der Nachbarschaft. Dabei wurde ferner festgestellt, daß nicht nur die gesamte Immigrantensituation

---

<sup>21</sup> Vgl. Torfs (1991).

<sup>22</sup> Vgl. Jagodzinski/Friedrichs/Dulmer (1995).

<sup>23</sup> Vgl. Bijlsma/Koopmans (1996).

signifikant war, sondern darüber hinaus auch das relative Übergewicht islamischer Zuwanderer (Türken, Marokkaner) gegenüber schwarzen Immigranten (aus Surinam und den Niederländisch-Antillen). Dies deutet neben einer starken formalen Bindung an traditionell-konservative Werte auch auf eine kulturell-ethnische Differenzierung bezüglich der wahrgenommenen Bedrohung durch Zuwanderer hin.

4. Eine umfangreiche Studie befaßt sich schließlich mit den ökologischen Determinanten der geäußerten Bereitschaft, rechtsextrem zu wählen (also nicht den tatsächlichen Wahlergebnissen), in sechs europäischen Staaten.<sup>24</sup> Betrachtet werden Belgien, Frankreich, die Niederlande, die Bundesrepublik (alte Länder), Dänemark und Italien zwischen 1984 und 1993. Die Regressionsanalyse unterscheidet zwischen drei Erklärungsansätzen für Rechtsextremismus, nämlich ökonomischen Bedingungen (Arbeitslosigkeit und Inflation), sozialen Entwicklungen (Zuwanderung) und politischen Trends (Unzufriedenheit mit dem politischen System). Sie kommt zu dem Schluß, daß wachsende Zuwandererzahlen und Unzufriedenheit mit dem politischen Regime signifikant positiv für den Rechtsextremismus sind, während eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation (insbesondere höhere Arbeitslosigkeit) die Attraktivität rechtsextremer Parteien sogar verringert.

#### **2.4. Parallelen zwischen Rechts- und Linksextremismus**

Das empirische Ergebnis einer Wählerwanderung zwischen Sozialisten und Vlaams Blok in der erwähnten Studie zu den belgischen Kommunalwahlen 1988 deutet bereits darauf hin, daß es zwischen linken und rechten Parteien offenbar keine gegenseitige Ausschließbarkeit gibt. Tatsächlich verweist die Literatur darauf, daß es gerade bei den links- und rechtsextremen Parteien strukturelle Ähnlichkeiten in ihrer Wählerschaft gibt. So ist beispielsweise die These aufgestellt worden, daß Parallelen zwischen rechtsextremen Strömungen in Westeuropa und der PDS in Ostdeutschland dahingehend bestehen, daß weniger das soziale Milieu oder mangelnde Repräsentation ihren Erfolg begründen, sondern ökonomische, kulturelle und politisch-institutionelle Aspekte. Die PDS wäre damit ein ganz ähnliches Phänomen wie die Lega Nord, die Canadian Reform Party oder die Scottish National Party.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Knigge (1998).

<sup>25</sup> Vgl. Patton (1998).

Verbindendes Element aller rechts- und linksextremen Auffassungen sind die zugrundeliegende Unzufriedenheit mit dem Parteienstaat, das mangelnde Vertrauen in etablierte demokratische Institutionen (nicht unbedingt in die Demokratie an sich) sowie die intensive Anhängerschaft an eine wie auch immer geartete Ideologie.<sup>26</sup> Ein wesentlicher Teil des Wählerpotentials extremer Parteien rekrutiert sich trotz aller weltanschaulicher Unterschiede vor allem aus politisch sehr heterogenen Protestwählern gegen den etablierten Parteienstaat und die bestehende gesellschaftliche und ökonomische Ordnung. Dabei sind Links- und Rechtsextreme insbesondere bei jungen Wählern weitgehend gleichwertige Alternativen für den Protest, während Männer im Allgemeinen eine größere Affinität für Rechtsextreme zu haben scheinen.<sup>27</sup> Der Populismus jeder Couleur ist somit als Ausdruck eines mehr oder weniger abrupten Verlusts emotionaler Bindungen an die tradierte Gesellschaftsstruktur zu werten.<sup>28</sup>

Zwar sind links- und rechtsextreme Parteien im üblichen Rechts-Links-Schema der Parteienlandschaft definitionsgemäß am weitesten voneinander entfernt; wesentliche Gemeinsamkeiten ergeben sich jedoch in bezug auf ihren Abstand von der demokratischen Ordnung. Dadurch, daß beide Richtungen durch deutliche Deprivationsgefühle bei ihren Wählern und eine nur bedingte Kompatibilität ihrer gesellschaftlichen Wertvorstellungen mit der Demokratie der Bundesrepublik charakterisiert sind, stehen sie sich näher als es auf den ersten Blick erscheint.<sup>29</sup> Diese potentielle Nähe zwischen linken und rechten Ideologien wird beispielsweise durch Umfrageergebnisse unterstrichen, wonach sich 17 bzw. 16 Prozent der Anhänger von PDS und Grünen, also Parteien, die üblicherweise als weiter links stehend als die Volksparteien CDU/CSU und SPD betrachtet werden, vorstellen können, unter Umständen DVU, Republikaner oder NPD zu wählen. Bei der Union und der SPD sind es dagegen lediglich 12 bzw. 7 Prozent.<sup>30</sup> Daß es darüber hinaus auch inhaltlich durchaus Berührungspunkte gibt, zeigt sich in den Versuchen einer theoretischen Synthese von Nationalismus und Sozialismus und damit von Rechten und Linken in bestimmten neonazistischen und kommunistischen Gruppierungen und Publikationen.<sup>31</sup> Fundamental dafür ist letztlich die in beiden Fällen gegebene populistische Weltanschauung, nach der ein als Einheit gedachtes „Volk“ den „Regierenden“ als natürlichem Feind gegenüber steht sowie

---

<sup>26</sup> Vgl. Deinert (1998).

<sup>27</sup> Vgl. Jung (1994).

<sup>28</sup> Vgl. Dubiel (1986).

<sup>29</sup> Vgl. Arzheimer/Klein (1997).

<sup>30</sup> Vgl. *Focus*, Nr. 33/2000, S.22.

<sup>31</sup> Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 9f.



die Orientierung am „Stammtisch-Diskurs“, die an der Hervorrufung von Gefühlen und emotionalen Bindungen, nicht an sachorientierten Problemlösungen interessiert ist.<sup>32</sup>

## 2.5. Determinanten des Erfolges der PDS

Vergleicht man die international perzipierte neuere Literatur über die rechtsextremen Parteien in Deutschland mit den Arbeiten über die PDS, so zeigt sich, daß letztere weit weniger zahlreich sind als beispielsweise diejenigen über die Republikaner. Dennoch lassen sich aus den vorhandenen Untersuchungen analog zu den Determinanten rechter Wahlerfolge einige zentrale Aspekte der Attraktivität der PDS kondensieren:

1. Grundlage für den Erfolg der PDS, der sich bekanntlich weitestgehend auf die neuen Bundesländer beschränkt, ist die Existenz zweier grundsätzlich verschiedener Elektorate in Ost und West. Das „Wahlvolk“ im Osten zeichnet sich dabei insbesondere dadurch aus, daß es eine weit weniger stabile Parteiaffinität aufweist als im Westen. Die PDS entspricht jedoch durchaus in gewissem Rahmen der auch im Westen zu beobachtenden starken regionalen Ausrichtung der kleineren Parteien wie z.B. auch der FDP und der Grünen.<sup>33</sup> Die Position der PDS repräsentiert gegenwärtig etwa 20% der Bürger in Ostdeutschland. Generell bietet sie insbesondere solchen Bürgern eine politische Heimat im Osten, die im Westen eher Grüne oder Sozialdemokraten wären. Im Westen selbst kann die PDS zwar durchaus als Nachfolgerin der kommunistischen Tradition in einigen besonderen Wahlkreisen in Großstädten betrachtet werden; sie ist dort jedoch keineswegs eine Alternative zur SPD, sondern stützt sich in erster Linie auf Protestwähler.<sup>34</sup>
2. Die PDS ist mit ihrer ostdeutschen Basis Repräsentant spezifisch ostdeutscher Einstellungen, zu denen DDR-Nostalgie, eine Animosität gegen Westdeutsche und die politische, ökonomische und soziale Desillusion nach der Vereinigung gehören. Sie ist dabei einerseits die Protestpartei tatsächlicher oder wahrgenommener Vereinigungs-, d.h. Modernisierungsverlierer. Neben sozioökonomischen Problemen stehen bei diesen persönliche Identitätskonflikte zwischen der DDR-Sozialisation und den Normen und Institutionen Gesamtdeutschlands im Mittelpunkt. In der Folge verbinden sich auf der Grundlage einer weitgehend ökonomischen Output-Orientierung bezüglich des politischen

---

<sup>32</sup> Vgl. Hertel (2000).

<sup>33</sup> Vgl. Arzheimer/Klein (1997; 1999); Arzheimer/Falter (1998).

<sup>34</sup> Vgl. Polikeit (1994); Neu (2000).

Systems materielle Interessen mit einer prinzipiellen ideologischen Opposition gegen die Demokratie westlichen Stils.<sup>35</sup>

3. Aus einer weiteren programmatischen Perspektive präsentiert sich die PDS andererseits als radikale Linkspartei mit soziallibertären Charakteristika. Unmittelbar attraktiv für den Wähler wird sie dabei durch ihre, teilweise auf die geerbte Infrastruktur der ehemaligen SED gestützte Effizienz als Dienstleister und Vertreter der ostdeutschen Bevölkerung unmittelbar vor Ort, auf dem „grass root“-Niveau.<sup>36</sup> Die Betonung der Bürgernähe und einer libertären Grundhaltung erinnert einerseits teilweise an die der Grünen zu Beginn der 80er Jahre, bleibt jedoch weitgehend an das sozioökonomische und kulturelle Milieu der ehemaligen DDR gebunden. Der Pragmatismus und die praktischen Fähigkeiten der PDS-Organisation vor Ort wird in der Literatur als eine zentrale Ursache des Erfolges der Partei in Ostdeutschland angesehen. Ihre proklamierten Eigenschaften als „moderne Sozialisten“ und „Modernisten“ unterstreichen die pragmatische Adaptionfähigkeit der PDS an ihr neues Umfeld und findet ihre Vorläufer beispielsweise in den Versuchen der DKP in den 80er Jahren, die Friedensbewegung zu unterwandern. Indem die PDS ihre Programmatik auf bürgernahe, sozialistische, ökologische und humanitäre Themen erweitert hat, erreicht sie in ihrer Wählerschaft nicht nur ehemalige SED-Kader, sondern generell Unzufriedene, Frustrierte, Skeptiker und junge Bürger in den neuen Ländern.<sup>37</sup>
4. Betrachtet man die empirische geschlechtsspezifische Struktur der Wähler der PDS, so ist zum einen festzustellen, daß insbesondere ostdeutsche Frauen überdurchschnittlich oft die PDS wählen, wobei sich die Bürgerinnen in den neuen Ländern nicht zuletzt dadurch auszeichnen, daß sie generell weniger an der Politik partizipieren als im Westen und sich darüber hinaus eine große Distanz zu den westlichen Parteien bewahren.<sup>38</sup>
5. Die Wähler der PDS haben (mit abnehmender Tendenz) typischerweise ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und gehörten in der DDR zu einer privilegierten Schicht, was heute ihr Gefühl sozialer Benachteiligung im vereinten Deutschland hervorruft und eine Grundhaltung als Mixtur aus Unzufriedenheit, Ideologie, Nostalgie generiert. Die PDS hat unterdurchschnittlichen Erfolg bei Arbeitern und überdurchschnittlichen bei (leitenden) Angestellten. Als Folge verfügt der typische PDS-

---

<sup>35</sup> Vgl. Westle (1992); Falter/Klein (1994); Oswald (1996); Thompson (1996); Neu (2000).

<sup>36</sup> Vgl. Betz/Welsh (1995).

<sup>37</sup> Vgl. Moreau (1988); Neugebauer (1994); Land/Possekkel (1995).

Wähler (wiederum mit abnehmender Tendenz) über ein überdurchschnittliches Einkommen, obwohl er sich selbst als Vereinigungsverlierer einstuft. Dabei spielen die subjektive Bedrohung durch Arbeitslosigkeit und die perzipierte Ungerechtigkeit des neuen Gesellschaftssystems eine entscheidende Rolle. Gleichwohl sind tatsächliche Arbeitslose in der PDS-Wählerschaft nicht überrepräsentiert; vielmehr steigt der Anteil der Rentner stark an. Dies kann jedoch auch ein Effekt verdeckter Arbeitslosigkeit sein, nachdem die Arbeitslosenstatistik in den neuen Ländern durch großzügige Vorruhestandsregelungen klar verzerrt ist.<sup>39</sup>

6. Obwohl die PDS Jugendliche und junge Frauen überdurchschnittlich anspricht, ist die Altersstruktur ihrer Wähler nicht so ausgeprägt wie beispielsweise bei der Union (mit Schwerpunkt bei den Älteren) oder bei den Grünen (mit Schwerpunkt bei den Jüngeren). Daraus folgt – teilweise im Widerspruch zum vorhergehenden Punkt - eher geringer Einfluß von Lebenszykluseffekten und generativem Wählerverhalten (Sozialisation in der DDR).<sup>40</sup>
7. Die Wähler der PDS sind je etwa zur Hälfte hauptsächlich ideologisch und protestwählerisch motiviert. In Ergänzung der Ostinteressenvertretung durch das Ziel der „sozialen Gerechtigkeit“, die der SPD abgekommen sei, konkurriert sie in den neuen Ländern direkt mit der CDU. Allgemein strebt sie einen starken, patriarchalischen Staat an, wobei dieses Ziel hinsichtlich der unterschiedlichen Wählerschaft in Ost und West auf den bleibenden Doppelcharakter der PDS als sozialistische Klassenpartei (für Arbeiterinteressen) und kommunistische Elite (als Vertretung von Akademikern) verweist.<sup>41</sup>

Die strukturellen Determinanten für den Erfolg der PDS in Ostdeutschland, wie sie in der Literatur referiert werden, sind damit zum Teil durchaus mit denen rechter Parteien zu vergleichen. Bei beiden spielt die sozioökonomische Deprivation, z.B. drohende oder tatsächliche Arbeitslosigkeit, eine bedeutende Rolle. Verbleibende sozialistische Ideologie und DDR-Nostalgie führen ebenfalls zur Fundamentalopposition gegen die Modernisierung, die in diesem Fall in erster Linie eine „Verwestlichung“ ist, deren Repräsentanten, vor allem

---

<sup>38</sup> Vgl. Hoecker (1996).

<sup>39</sup> Vgl. Falter/Klein (1994);

<sup>40</sup> Vgl. Neu (2000).

<sup>41</sup> Vgl. Neu (1999); Neu (2000).

das Parteiensystem und die Institutionen der Bundesrepublik, abgelehnt werden. Der zentrale Unterschied zwischen der PDS und rechtsextremen Protestparteien liegt neben einigen geschlechtsspezifischen und sozialen Differenzen in der grundsätzlich anderen programmatischen Einstellung gegenüber Zuwanderung und Immigranten.

### **3. Extremistische Parteien bei den Europawahlen 1994 und 1999**

Die empirische Untersuchung der ökologischen Determinanten rechts- und linksextremer Parteien in der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung stützt sich im Folgenden auf die Wahlergebnisse der Republikaner und der PDS bei den Europawahlen 1994 und 1999 (vgl. Tabelle 1). Bevor wir uns jedoch dem Datensatz und den statistischen Ergebnissen dieser Studie zuwenden, erscheint es notwendig, kurz auf die extremistische Parteienlandschaft einzugehen. Dabei soll insbesondere auf diejenigen Faktoren hingewiesen werden, die eine Einordnung der beiden Parteien als rechts- bzw. linksextremistische Strömungen rechtfertigen. Zugrunde gelegt werden dabei jeweils die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

#### **3.1. Die Republikaner**

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde 1983 gegründet. Sie bemüht sich seither um ein rechtskonservatives Erscheinungsbild, dem jedoch ihr tatsächlicher ideologischer Standort widerspricht: So zeichnen sich Programmatik und Auftreten der Partei durch einen ausgeprägten Nationalismus und Antieuropäismus aus. Ausländerfeindlichkeit und rassistisch geprägte Überfremdungsangst, die sich gegen Zuwanderer und Asylanten als Sündenböcke für bestehende gesellschaftliche Probleme wenden, gehören zum Standardrepertoire der REP und werden teilweise durch einen latenten Antisemitismus ergänzt. Darüber hinaus werden immer wieder die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik und die Vertreter der etablierten Parteien, insbesondere auch der CDU und CSU diffamiert. Die Demokratisierung Westdeutschlands nach 1945 wird als Umerziehungsdiktat der Alliierten interpretiert, das der nationalen Würde der Deutschen widersprach und dem Grundgesetz mit seinem tolerant-liberalen Menschenbild die Legitimität nimmt. Damit verbunden ist ein deutlicher Antiamerikanismus. Generell bestehen bei den REP starke Strömungen eines ideologischen

Revisionismus und einer Relativierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, wenn er auch nicht mehr als Modell einer künftigen politischen Ordnung betrachtet wird.<sup>42</sup>

Ihre bislang größten Wahlerfolge feierten die REP am Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre. Bei den Europawahlen 1989 erreichten sie 7,1 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Berlin 1989, Bayern 1990 und Baden-Württemberg 1992 7,5, 4,9 bzw. 10,9 Prozent. Seit Mitte der 90er Jahre sind die Wahlerfolge jedoch weitgehend ausgeblieben. Bei den Europawahlen 1994 und 1999 lag der Stimmenanteil der REP noch bei 3,9 und 1,7 Prozent; bei den Landtagswahlen in Bayern und Niedersachsen 1998 bei 3,6 und 2,8 Prozent. Bei den Landtagswahlen 1999 erreichten sie zwischen 0,8 (Thüringen) und 2,7 Prozent (Hessen und Berlin). Bei Bundestagswahlen bewegen sich die REP bislang bei etwa 2 Prozent der Stimmen. Eindeutiger Schwerpunkt der republikanischen Wahlerfolge ist Baden-Württemberg, wo sie bei den Landtagswahlen 1996 und den Kommunalwahlen 1999 jeweils über 9 Prozent erreichten.

Seit Mitte der 90er Jahre bestehen in der Partei teilweise heftige interne Richtungskämpfe um die offizielle Abgrenzung von anderen rechtsextremen Parteien. Tatsächlich existieren verschiedene Verbindungen zu Protagonisten der neonazistischen Szene und viele REP-Mitglieder wirken mit anderen rechtsextremen und rechtsradikalen Gruppierungen zusammen. Mit der Abschwächung der Wahlerfolge gehen organisatorische Probleme einher, die sich vor allem in einem deutlichen Mitgliederschwund äußern. Seit 1993 ist die Zahl der Mitglieder von ca. 23.000 auf 14.000 zurückgegangen. Nach dem Aufstieg der FPÖ zur Regierungspartei in Österreich erhofft sich die Partei eine Stärkung ihres Profils in der Bundesrepublik, was sich bislang jedoch nicht realisiert hat.<sup>43</sup>

### **3.2. Andere rechtsextreme Parteien**

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist den Republikanern in der Deutschen Volksunion eine starke Konkurrenzpartei am rechten Rand des Parteienspektrums erwachsen. 1987 als Mittel zur Zusammenfassung aller nationalistischen Kräfte auf der Basis der seit 1971 existierenden

---

<sup>42</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1995), Kap. 2.1; Bundesamt für Verfassungsschutz (1999b), S. 38ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000a), S. 27ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 5ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz (2000), S. 38ff.

<sup>43</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1995), Kap. 2.1; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1999), Kap. 2.1; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000a), S. 27ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 5.

DVU e.V. gegründet, zeichnet sich die Partei vor allem durch ausländerfeindliche und antisemitische Agitation aus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Verantwortung der Deutschen dafür werden relativiert oder geleugnet. Selbst zentralistisch und autoritär geführt, wendet sich die DVU gegen den demokratischen Rechtsstaat und diffamiert seine Repräsentanten, um das Vertrauen in die Werteordnung des Grundgesetzes zu untergraben. Dabei ist die Münchener Zentrale der Partei jedoch offenbar nicht in der Lage, alle Landesverbände und insbesondere die Landtagsfraktionen auf konformem Kurs zu halten, wie das Beispiel der Spaltung der DVU in Sachsen-Anhalt 1999 zeigt.<sup>44</sup>

Seit spätestens der Bundestagswahl 1998, in der die Stimmen des rechtsextremen Lagers auf REP, DVU und NPD zersplittert wurden, gibt es Absprachen mit den REP, um Konkurrenz bei Wahlen zu vermeiden. Wie die Europawahl 1999 gezeigt hat, ist diese Zurückhaltung der DVU nur begrenzt positiv für die REP. Zur Europawahl 1994 war die DVU wie zu allen anderen Wahlen des Jahres ebenfalls nicht angetreten. 1991 zog sie mit 6,2 Prozent der Stimmen in die Bremer Bürgerschaft ein, konnte dieses Ergebnis 1995 und 1999 mit 2,5 bzw. 3 Prozent jedoch nicht verteidigen. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein verringerte sich ihr Stimmenanteil von 6,3 Prozent im Jahr 1992 über 4,3 Prozent 1996 auf 1 Prozent 2000. Umgekehrt vermochte die DVU ihr Ergebnis in Hamburg von 2,8 Prozent 1993 auf 4,9 Prozent 1997 zu steigern. In den neuen Bundesländern erreichte die Partei 1998 und 1999 den Einzug in die Länderparlamente von Sachsen-Anhalt (mit 12,9 Prozent) und Brandenburg (5,3 Prozent), scheiterte jedoch in Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Prozent) und Thüringen (3,1 Prozent). Bei den Bundestagswahlen 1998 betrug ihr Ergebnis 1,2 Prozent. Bezeichnend für die Wahlerfolge durch eine primäre Mobilisierung von Protestwählern ist die Wahlkampfstrategie der DVU in Brandenburg und insbesondere in Sachsen-Anhalt, die mangels einer lokalen und regionalen Infrastruktur in erster Linie mit großem Kapitaleinsatz für flächendeckende Plakatierungen und Postwurfsendungen (besonders an jüngere Wähler) mit aggressiven populistischen Werbeslogans geführt wurde.<sup>45</sup>

Ein traditionelles Sammelbecken für neonazistisch geprägte Rechtsextreme ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Sie wurde 1964 in der Nachfolge der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei Deutschlands“ (SRP) gegründet, welche auf die NS-Ideologie hin orientiert war und 1951 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bremen

---

<sup>44</sup> Vgl. Innenministerium der Landes Nordrhein-Westfalen (1995), Kap. 2.1; Bundesamt für Verfassungsschutz (1999b), S. 47ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz (2000), S. 49ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 11ff.

11 bzw. 7,7 Prozent Stimmenanteil erreicht hatte. 1966 erhielt die NPD in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent der Stimmen, 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9, in Schleswig-Holstein 5,8, in Niedersachsen 7 und in Bremen 8,8 Prozent. Nach ihrem größten Erfolg in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent 1968 scheiterte sie 1969 mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl und verlor schnell an Anhängern. Seit dem Tiefststand mit 3.500 Mitgliedern (1996) hat sich die NPD mit gegenwärtig 6.000 Mitgliedern wieder konsolidiert, nachdem sie ihre Strategie in Richtung „Kampf um die Straße“ und Öffnung für Neonazis und Skinheads geändert hat. Die NPD bekennt sich zu einem „deutschen“ oder „nationalen Sozialismus“, der das Deutschland vom Westen oktroyierte liberal-kapitalistische System der parlamentarischen Demokratie ablösen soll. Die neue Ordnung soll dabei durch einen unbedingten „völkischen Primat“, der eine rassistische Ausländerfeindlichkeit einschließt, und eine totalitäre Elitenherrschaft nach dem Vorbild des Nationalsozialismus gekennzeichnet sein. Zu den Charakteristika der NPD-Programmatik gehören damit Ausländerhaß, Antisemitismus, antidemokratische Kollektivismusvorstellungen, die dem demokratischen Parteienpluralismus entgegengesetzt werden, und die Relativierung bzw. Idealisierung der Geschichte des Dritten Reiches.<sup>46</sup>

Die Wahlerfolge der NPD in neuester Zeit sind trotz ihrer wachsenden Bedeutung als „außerparlamentarische Opposition“ bislang eher dürftig. Die Teilnahme an den Europawahlen 1994 und 1999 resultierte jeweils in weniger als einem halben Prozent Stimmenanteil. Bei den Bundestagswahlen 1998 erreichte sie 0,3 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern 1998 0,2 bzw. 1,1 Prozent. Mit Ausnahme von 1,4 Prozent in Sachsen 1999 blieb die NPD in den weiteren Landtagswahlen mit 0,2 bis 0,8 Prozent klar unter 1 Prozent Stimmenanteil. Das deutlich höhere Wählerpotential der NPD zeigt sich demgegenüber beispielsweise in den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Sachsen 1999, in denen sie bis zu 11,8 Prozent (in Königstein) erreichte. Dennoch ergibt sich vor diesem Hintergrund insgesamt, daß die REP, obwohl sie seit ihren Erfolgen in den späten 80er Jahren stark verloren haben, bislang noch immer die erfolgreichste der gegenwärtigen Parteien der dritten Welle des Rechtsextremismus sind, zumindest, was die Bundes- und Europaebene angeht.

---

<sup>45</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (1999a), S. 15f.

### 3.3. Die PDS

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist 1989/90 durch Umbenennung aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der DDR hervorgegangen. 1999 hatte sie noch ca. 94.000 Mitglieder, davon gut 3.000 in den alten Bundesländern. Kennzeichnend für ihr politisches Programm ist ihr zwiespältiges Verhältnis zum parlamentarischen System und zu wesentlichen Elementen der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Sie duldet auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung extreme marxistisch-leninistische Strukturen, wie die „Kommunistische Plattform“ (KPF) und das „Marxistische Forum“ innerhalb der Partei und pflegt auch Kontakte zu Linksextremisten außerhalb der Partei. Die PDS hält grundsätzlich am marxistischen Ziel einer Überwindung des kapitalistischen Systems fest und fordert entsprechend als „gesellschaftliche Opposition“ eine fundamentale Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse in Deutschland und der Welt. Das kapitalistische System wird für die humanitären, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme und Katastrophen des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht. Dies impliziert zugleich eine Tendenz zur Verklärung des Staatssozialismus der ehemaligen DDR, obwohl dessen Scheitern offiziell zugestanden wird. Die Wiedervereinigung wird als undemokratische Usurpation der DDR durch die „herrschende politische und wirtschaftliche Klasse“ der Bundesrepublik interpretiert, gegen die es die ostdeutsche Identität zu organisieren und zu mobilisieren gilt. Gerade die internen Substrukturen wie die KPF und das Marxistische Forum halten an der revolutionären Tradition des Kommunismus fest und lehnen letztlich die Werteordnung und den Pluralismusgedanken des Grundgesetzes ab. Letzteres wird lediglich als formal-temporärer Rahmen interpretiert, der sich als Ergebnis von Klassenkämpfen mit der Durchsetzung der Herrschaft (Diktatur) des Proletariats auflösen muß.<sup>47</sup>

Die PDS hat sich dank ihrer Basis in den neuen Ländern seit 1990 fest im Parteiensystem der Bundesrepublik etabliert. Nachdem sie 1990 und 1994 nur über Sonderregelungen im Wahlrecht (z.B. drei Direktmandate) als Gruppe in den Bundestag einziehen konnte, und bei der Europawahl 1994 mit 4,7 Prozent der Stimmen an der 5%-Hürde scheiterte, gelang ihr 1998 und 1999 jeweils der direkte Einzug in den Bundestag und in das Europäische Parlament

---

<sup>46</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1995), Kap. 1.1; Bundesamt für Verfassungsschutz (1999a), S. 30ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz (2000), S. 57ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 8ff.

<sup>47</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (1999b), S. 119ff.; Bundesamt für Verfassungsschutz (2000), S. 115ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000a), S. 81ff.; Innenministerium der Landes Nordrhein-Westfalen (2000), Kap. 3.1.



(mit 5,1 bzw. 5,5 Prozent der Stimmen). Bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen 1999 wurde sie mit 21,4 und 22,2 Prozent jeweils zweitstärkste Partei. In Mecklenburg-Vorpommern (1998), Brandenburg und Berlin (1999) erreichte die PDS 24,4 bzw. 23,3 und 17,7 Prozent der Stimmen. Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus zeigt, daß die PDS im Westen noch immer eine Splitterpartei ist: Während sie in ihrer Hochburg Ostberlin knapp 40 Prozent der Stimmen erhielt, waren es in Westberlin lediglich 4,5 Prozent. Bei den Landtagswahlen in Bremen und im Saarland 1999 verfehlte die PDS deutlich den Einzug in die Parlamente (mit 3 bzw. 0,8 Prozent). Zur Landtagswahl in Hessen 1999 trat sie nicht an.

### **3.4. Andere linksextreme Parteien**

Die PDS hat andere linke Parteien, wie insbesondere die Deutsche Kommunistische Partei praktisch völlig an den Rand der Existenz gedrückt. Zu den Europawahlen 1994 und 1999 ist die DKP als traditionelle Vertretung linksextremer Interessen erst gar nicht angetreten. Nach dem Wandel in der Sowjetunion und insbesondere dem Zusammenbruch der DDR geriet die 1968 als Nachfolgerin der KPD gegründete DKP in eine Existenzkrise, da ihre ideologischen Positionen in Frage gestellt wurden und vor allem ihre Finanzierung durch die DDR wegfiel. Angesichts der resultierenden strukturellen und ideologischen Probleme ging die Zahl ihrer Mitglieder von ca. 35.000 (1989) auf ca. 5.000 (1999) zurück, die fast ausschließlich aus den alten Ländern stammen. Die Partei, die an ihren marxistisch-leninistischen und klassenkämpferischen Dogmen festhält und sie im Rahmen der internationalen Kooperation, etwa mit den kommunistischen Parteien Rußlands, Kubas, Chinas oder Vietnams pflegt, ist trotz ihrer engen Verbindung zur „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) völlig überaltert, innerlich zerstritten und in finanziellen Schwierigkeiten.

Entsprechend verzichtet sie bei Wahlen zunehmend auf die Aufstellung eigener Listen, sondern kooperiert mit der PDS, die im Gegenzug DKP-Mitglieder in ihre Wahlvorschläge aufnimmt. 1994 und 1999 unterstützte die DKP die PDS bei den Europawahlen. Mit Ausnahme einiger kommunaler Hochburgen, in denen sie traditionell über eine geringe Anzahl von Ratsmandaten verfügt und diese in Resten noch verteidigt (z.B. in Bottrop, Duisburg, Oberhausen oder Düren), ist die DKP bei Land- oder Bundestagswahlen mit einem

Stimmenanteil von 0,1 Prozent (in Hessen 1999) oder weniger (in Schleswig-Holstein 2000) bei Wahlen bedeutungslos.<sup>48</sup>

Im Unterschied zur DKP lehnt die 1982 gegründete „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) ein partnerschaftliches Verhältnis mit der PDS ab. Sie beteiligt sich entsprechend nicht wie die DKP an offenen Listen der PDS. Die Partei, die mit ihrer leninistisch-maoistischen Ausrichtung die Bundesrepublik als System des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtet, das es zugunsten eines „echten Sozialismus“ zu überwinden gelte, besitzt ca. 2.000 Mitglieder. Aufgrund ihrer sektiererischen Haltung und ihrer massiven Kritik anderer linker Parteien und Organisationen ist die MLPD weitgehend isoliert und spielt mit geringfügigen Ausnahmen auf lokaler Ebene (Gelsenkirchen) ebenfalls keine Rolle bei Wahlen.<sup>49</sup> Die PDS ist damit im linksextremen Parteienspektrum eindeutig die zentrale dominierende Kraft.

## **4. Datensatz und statistische Methodik**

### **4.1. Der Ansatz der empirischen Studie**

Wie oben bereits erwähnt, beinhaltet die vorliegende Studie eine ökologische Analyse der Determinanten extremistischer Wahlerfolge bei den Europawahlen im vereinten Deutschland 1994 und 1999. Sie zielt damit unabhängig von den so beliebten hermeneutischen oder qualitativ-empirischen Aspekten der Wahl- und Parteienforschung auf die Identifizierung objektiver- und quantifizierbarer sozioökonomischer Variablen ab, die das Abschneiden der PDS und der REP bei diesen Wahlen beeinflusst haben. Diese Analyse erfolgt mit Hilfe eines statistisch-ökonomischen Modells auf der Basis von Strukturdaten auf Kreisebene und bedeutet damit in zweierlei Hinsicht eine Neuerung in der Wahlforschung: Zum einen wird zum erstenmal eine detaillierte quantitativ-sozioökonomische Untersuchung auf dieser administrativen Ebene geliefert; zum anderen wird eine verhältnismäßig komplizierte statistische Methode verwendet, deren Rezeption gerade im Bereich der Politikwissenschaft noch relativ unterentwickelt ist.

---

<sup>48</sup> Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1995), Kap. 3.2; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000a), S. 94ff.; Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000b), S. 25f.

<sup>49</sup> Vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2000a), S. 98f.; Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2000), Kap. 3.2.

Vor dem Hintergrund des zur Verfügung stehenden Datenmaterials und der oben skizzierten Ergebnisse der bisherigen Forschung beruht der empirische Ansatz auf insgesamt zehn potentiell relevanten Determinanten extremistischer Wahlergebnisse, denen in der konkreten Operationalisierung des Modells entsprechende Variablen zugeordnet werden. Dabei handelt es sich um folgende sozioökonomische Faktoren:

1. Ost-West-Unterschiede. Bereits eine oberflächliche Betrachtung zeigt, daß die PDS und die REP sowohl von ihrer Parteiorganisation als auch von ihren Wahlerfolgen her Parteien sind, die vordringlich in den neuen bzw. den alten Bundesländern präsent und verwurzelt sind. Bei der statistischen Analyse der Wahlergebnisse ist dies zu berücksichtigen, zumal dann nach den Überlegungen zu den Parallelen zwischen Links- und Rechtsextremismus bei den übrigen Variablen durchaus größere Ähnlichkeiten festzustellen sein sollten.
2. Zeitliche Entwicklung. Zu Kontrollzwecken ist auch der Zeitpunkt der Wahl einzubeziehen, um potentielle trendmäßige Veränderungen in den Präferenzen der Wähler zu beachten. Es scheint schließlich so zu sein, daß die REP zwischen 1994 und 1999 generell an Stimmen verloren und die PDS gewonnen hat. Diesen Effekt der Zeit gilt es in der empirischen Spezifikation zu kontrollieren.
3. Städtischer Verdichtungsraum (kreisfreie Stadt vs. Kreis). Insbesondere bei der PDS scheinen die Wahlerfolge vor allem an die Existenz von Strukturen gebunden zu sein, die hauptsächlich in städtischen Verdichtungsräumen anzutreffen sind. Dazu gehört insbesondere die Existenz einer großen Zahl ehemaliger Funktionäre der DDR, die vor allem in den (städtischen) Verwaltungszentren zu finden sind. Darüber hinaus gibt es im ländlichen Raum möglicherweise eine stärkere Verhaftung in konservativ-traditionellen Weltbildern, die die PDS als Partei dort weniger attraktiv als die REP erscheinen lassen.
4. Ausländersituation. Offensichtlich ist letztlich das zentrale Thema rechtsextremer Agitation die Zuwanderungs- oder, allgemeiner, die Ausländerproblematik. Entsprechend ist zu vermuten, daß die Wahlchancen der REP in solchen Kreisen höher sind, in denen sich relativ viele Ausländer aufhalten bzw. dort, wo die sozioökonomischen Spannungen mit Ausländern am höchsten sind.

5. Altersstruktur. Bisherige Untersuchungen haben ergeben, daß rechtsextreme Parteien vor allem für ältere Bürger und für Jungwähler attraktiv sind, während die PDS eher junge Menschen anspricht. Entsprechend sollte sich die Altersstruktur des jeweiligen Kreises auf das Abschneiden der beiden Parteien auswirken.
6. Sozialleistungen. Geht man davon aus, daß ein Hauptmotiv, extremistisch zu wählen, soziale Deprivation ist, so sollte ein großer Anteil von Empfängern von Sozialleistungen in einem Kreis das Wählerpotential sowohl von REP als auch von PDS signifikant erhöhen.
7. Bildung. Während der durchschnittliche PDS-Wähler eher überdurchschnittlich, der durchschnittliche rechtsextreme Wähler jedoch eher unterdurchschnittlich gebildet ist, ist zu vermuten, daß sich auch das Bildungsniveau in einer Gebietskörperschaft auf das Abschneiden der beiden Parteien auswirkt. Zudem prägt die Bildungsinfrastruktur durchaus auch die generelle Atmosphäre eines Standortes, man denke etwa an das typischerweise weltoffeneren Flair von Universitätsstädten. Die resultierende Hypothese lautet daher, daß ein hoher Bildungsstand und die Existenz einer guten Bildungsinfrastruktur im Allgemeinen die Stimmenanteile der PDS erhöhen und die der REP verringern sollten.
8. Arbeitsmarktsituation. Analog zur Frage der Sozialleistungsempfänger bezieht sich das Standardargument sozialer Deprivation auch unmittelbar auf die wirtschaftliche Situation der Wähler. Nachdem niedrige Löhne und hohe Arbeitslosigkeit als Indikatoren für eine schlechte Wirtschaftslage zu verwenden sind, ist erneut zu erwarten, daß Kreise mit relativ geringen Durchschnittslöhnen und hohen Arbeitslosigkeitsquoten auch einen relativ hohen Anteil von REP- und/oder PDS-Wählern aufweisen sollten.
9. Wirtschaftsleistung und -struktur. Wenn extremistische Wahlerfolge Ausdruck einer wirtschaftlichen Benachteiligung der Bürger sind, sollte in Kreisen, die durch eine hohe Wirtschaftsleistung ein relativ hohes Einkommens- und Wohlstandsniveau erreichen, der Anteil an PDS- und REP-Wählern gering sein. Antimodernistische und damit tendenziell extremistische Auffassungen sind zudem insbesondere dort zu erwarten, wo die bestehende Wirtschaftsstruktur durch ein hohes Maß an traditionellen Sektoren, d.h. an landwirtschaftlicher und industrieller Produktion und Beschäftigung geprägt ist.

Globalisierungs- bzw. Verwestlichungsängste können insbesondere in Regionen gedeihen, denen der unvermeidliche Strukturwandel im Rahmen der Dynamisierung und Internationalisierung der Wirtschaft noch bevorsteht. Umgekehrt sollten Kreise, in denen der tertiäre Sektor bereits einen hohen Anteil der Beschäftigung ausmacht, weniger von solchen Ängsten geprägt sein und entsprechend geringere Wahlchancen für PDS und REP bieten. Hinzu kommt gerade im Hinblick auf die Ausländerfeindlichkeit als Hauptmotiv, rechtsextrem zu wählen, daß ein hoher Grad an Internationalisierung der einheimischen Wirtschaft über die resultierende Abhängigkeit von ausländischen Kunden und vermehrte Kontakte mit ökonomisch bedeutenden ausländischen Kunden xenophobe Einstellungen eher verringern sollte.

10. Wohnsituation. Von zentraler Bedeutung für das eigene Wohlbefinden und die soziale Selbstperzeption ist die persönliche Wohnsituation. Sie dient zugleich als Ausdruck der eigenen ökonomischen Lage und des sozialen Status. Eine Verbesserung der Wohnsituation ist entsprechend gleichbedeutend mit einer Erhöhung des sozioökonomischen Status und sollte sich daher aus ökonomisch-rationaler Sicht nachteilig für die Wahlchancen von PDS und REP auswirken.

Geschlechtsspezifische und zwischen den verschiedenen Faktoren interagierende Aspekte, wie z.B. Ausländerarbeitslosigkeit, werden in der empirischen Spezifikation der Studie durch die Verwendung differenzierender Variablen abgebildet.

#### **4.2. Der verwendete Datensatz**

Der hier verwendete Datensatz setzt sich aus Angaben des Bundeswahlleiters, abrufbar über das Statistische Bundesamt (<http://www.statistik-bund.de/wahlen>), zu den Zweitstimmenanteilen der PDS und der REP (ohne Briefwähler) sowie Daten zur Entwicklung von Städten und Gemeinden des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zusammen. Die Besonderheit bei den Wahldaten besteht darin, daß sie im Unterschied zu den Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen bereits vollständig für die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vorliegen. Während die erheblichen Abweichungen zwischen administrativen und Wahlkreisen ein Matching zwischen beiden bei Bundestags- und Landtagswahlen bisher weitgehend unmöglich machen, stellt dies im Fall der Europawahlen kein Problem dar. Darüber hinaus ergibt sich bei den sozioökonomischen

Informationen auf Kreisebene die Schwierigkeit, daß aufgrund verschiedener Gebietsreformen im Zuge der Wiedervereinigung keine konsistenten Angaben für längere Zeiträume vor 1990 vorliegen. Neben dem eingangs angeführten Argument, daß bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eine unmittelbarere Wahlentscheidung und damit tendenziell eine höhere Affinität zu extremistischen Parteien zum Tragen kommt als bei nationalen Wahlen, spielt damit die praktische Handhabbarkeit der Daten eine zentrale Rolle beim Ansatz dieser Studie.

Die zur Verfügung stehenden Daten beziehen sich damit auf die 328 Landkreise und 111 kreisfreien Städte in der Bundesrepublik (nach den 1996 vorgenommenen Gebietsstandsabgrenzungen)<sup>50</sup>, von denen 83 bzw. 25 in den neuen Ländern liegen. Für die beiden Jahre 1994 und 1999 ergibt sich eine Gesamtzahl von 878 Beobachtungen. Tabelle 2 bietet eine Übersicht über die Variablen im Datensatz und ihre Definition. Als zu erklärende Variable dient der Stimmenanteil der PDS und der REP im jeweiligen Kreis. Zur Operationalisierung der genannten Faktoren, die einen potentiellen Einfluß auf die Wahlergebnisse haben, ist folgendes anzumerken:

1. Die Ost-West-Unterschiede werden durch eine einfache Dummy (0/1)-Variable aufgefangen. Analoges gilt für die zeitliche Entwicklung und die städtische Verdichtung der Bevölkerung.
2. Die Ausländersituation im jeweiligen Kreis wird sowohl durch den Bestand an Ausländern als auch durch die Entwicklung des Ausländerzuzugs abgebildet.
3. Die Altersstruktur wird durch Bestand und Entwicklung der Jugendlichen und der Senioren erfaßt.
4. Leistungen des Sozialsystems umfassen den relativen Bestand an Sozialhilfeempfängern insgesamt sowie an ausländischen Sozialhilfeempfängern. Hinzu kommt die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Sozialhilfe (laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) sowie der Bestand an Wohngeldempfängern (Haushalte).

---

<sup>50</sup> Seit dem 1. Januar 1999 ist Eisenach ein eigener Kreis, der zuvor zum Wartburgkreis gehörte.

5. Indikatoren für den Bildungsstand der Bevölkerung und die Bildungsinfrastruktur sind der Anteil höherqualifizierter Beschäftigter, höherer Schüler und Studenten. Zur weiteren Differenzierung kommen der Anteil ausländischer Schüler sowie das Angebot der Volkshochschulen hinzu.
6. Die Arbeitsmarktsituation wird durch den Durchschnittslohn, die allgemeine Arbeitslosenquote sowie durch die der Ausländer und der Frauen einschließlich ihrer Entwicklung erfaßt. Zusätzlich gehen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen in die Schätzung ein.
7. Die Wirtschaftsleistung des Kreises wird durch die Bruttowertschöpfung je Einwohner abgebildet, die Wirtschaftsstruktur durch den Beschäftigungsanteil des tertiären Sektors sowie durch den Auslandsumsatz.
8. Als Indikatoren der Wohnsituation dienen der Bestand und die Entwicklung der Wohnfläche, die Wohndichte je Haushalt sowie das Ausmaß der Wohnungsbauförderung.

Zu beachten ist ferner, daß es sich bei allen Zahlen um normierte Größen handelt, die zur Vermeidung von verzerrenden Größeneffekten immer zu der Gesamtzahl an Beschäftigten, Schülern, Haushalten etc. in Beziehung gesetzt wurden.

#### **4.3. Die statistische Modellierung der Fragestellung**

Der hier gewählte empirische Ansatz beruht auf der statistischen Regressionsanalyse. Im Unterschied zu einfachen Korrelationsmethoden oder einer rein deskriptiven Betrachtung, die in der Parteienforschung noch immer dominieren, besitzt eine solche Herangehensweise grundsätzlich den Vorteil, eine Vielzahl von Bestimmungsfaktoren extremistischer Wahlerfolge gleichzeitig zu berücksichtigen und darüber hinaus auf der Basis einfacher statistischer Annahmen ihre Signifikanz sowie die Intensität ihres (als kausal angenommenen) Einflusses auf die endogene Variable feststellbar zu machen. Nachdem die Regressionsanalyse in den Sozialwissenschaften lange Zeit eine bevorzugte Domäne der empirischen Volkswirtschaftslehre/Ökonometrie und von Teilen der Soziologie war, hat sie

erst in neuerer Zeit auch vermehrt Einzug in das methodische Instrumentarium der Politikwissenschaft gehalten.<sup>51</sup>

Das Standardmodell der Regressionsanalyse beruht bekanntlich auf der Methode der kleinsten Quadrate (KQ- oder *Ordinary Least Squares*-/OLS-Ansatz). Das OLS-Modell ist jedoch durch seine Annahmen (Linearität des funktionalen Zusammenhang, Normalverteilung des Störterms und damit der endogenen Variable) in vielen Daten- und Modellsituationen nicht optimal. Entsprechend ist in der statistischen und ökonometrischen Literatur eine Vielzahl alternativer Modelle entwickelt worden, die beispielsweise anstelle der KQ-Methode ein *Maximum-Likelihood*-Verfahren anwenden, das in der Regel nur auf computergestütztem numerischen Weg zu Koeffizientenschätzungen führt. Selbst wenn der grundsätzliche lineare Ansatz jedoch weiterverfolgt wird, ergeben sich potentielle Verzerrungsprobleme beim einfachen OLS-Modell. Zu den Standardschwierigkeiten gehören dabei Autokorrelation und Heteroskedastie, die beispielsweise auf eine zeitliche Abhängigkeit der beobachteten  $y$  oder das Fehlen wichtiger exogener Variablen zurückzuführen sind.<sup>52</sup> Besonderheiten ergeben sich zudem, wenn bei der Schätzung gleichzeitig Längs- und Querschnittsdaten verwendet werden, also mehrere Individuen (oder Objekte) zu mehreren Zeitpunkten betrachtet werden. Für solche Situationen gibt es spezielle Panel-Modelle, bei denen die lineare Spezifikation durch einen zeitinvariablen, individuenspezifischen *Fixed Effect* (d.h. eine zusätzliche Dummy-Variable pro Individuum) oder *Random Effect* (der zufällig aus einer zusätzlichen Verteilung bestimmt wird) ergänzt wird.<sup>53</sup>

Der hier verwendete Schätzansatz beruht auf einer solchen Weiterentwicklung des einfachen linearen Modells. Das *Feasible Generalized Least Squares Random Effects Panel Model* (FGLS-REPM) vereinigt den Panel-Ansatz mit einer Verallgemeinerung der KQ-Methode. Grundsätzlich geht es beim GLS-Modell darum, die Verzerrungen bei der normalen OLS-Schätzung zu vermeiden, die durch die Verletzung einer grundlegenden OLS-Annahme, nämlich daß die Varianz von  $e$  konstant ist, entstehen. Dazu werden die ursprünglichen Variablen auf der Grundlage einer „Hilfsregression“ der Residuen so transformiert, daß sie wieder den ursprünglichen Annahmen des einfachen Modells gerecht werden. In der Folge sind die geschätzten Parameter des Modells weiterhin unverzerrt und konsistent.<sup>54</sup> Das FGLS-REPM fügt dem Modell darüber hinaus noch einen individuenspezifischen Störterm hinzu,

---

<sup>51</sup> Vgl. Gujarati (1995), S. 15ff.

<sup>52</sup> Vgl. Schneeweiß (1990), S. 177ff.; Greene (1993), S. 384ff.; Gujarati (1995), S. 319ff./355ff.

<sup>53</sup> Vgl. Greene (1993), S. 444ff.



der letztlich unbeobachtete oder unbeobachtbare Heterogenität, d.h. individuelle Besonderheiten in den einzelnen Kreisen, abbilden soll. Im vorliegenden Fall wurde der *Random Effects*- dem *Fixed-Effects*-Ansatz vorgezogen, da letzterer durch seine praktische Hinzufügung einer Dummy-Variable für jeden Kreis bei nur zwei Beobachtungswellen (1994 und 1999) sehr viele Freiheitsgrade kostet.<sup>55</sup> Statistische Tests ergeben im übrigen, daß der gewählte Ansatz in unserem Fall dem einfachen OLS-Modell tatsächlich vorzuziehen ist.

## 5. Empirische Ergebnisse

Tabelle 3 präsentiert die Resultate der FGLS-REPM-Schätzungen der Determinanten des Wahlerfolges von Republikanern und PDS bei den Europawahlen 1994 und 1999 für Gesamtdeutschland. Tabelle 4 gibt die entsprechenden Ergebnisse unter der Perspektive eines Vergleichs der PDS als hauptsächlich in den neuen und der Republikaner als insbesondere in den alten Ländern verwurzelten Partei an.

### 5.1. Resultate der Schätzungen für die REP

Wenden wir uns zunächst den Determinanten des Stimmenanteils der REP in Gesamtdeutschland zu (Tabelle 3, linke Spalte), so zeigt sich, daß von den drei Dummy-Kontrollvariablen zwei in der erwarteten Weise signifikant sind: In den neuen Ländern sind die REP weniger erfolgreich als in den alten, und im Zeitverlauf, d.h. zwischen 1994 und 1999 haben die Wahlchancen der REP generell nachgelassen, denn der Dummy für die Europawahl 1994 ist statistisch hochsignifikant.

Was die konkreten strukturellen Bedingungen angeht, in denen die REP signifikant besser abschneiden als in anderen, ist es zunächst wenig überraschend, daß ihr Stimmenanteil in Kreisen mit hohem Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung höher ausfällt als in solchen mit einem niedrigen. Überraschend ist jedoch einerseits, daß das Signifikanzniveau des Ausländerbestandes als Determinante rechtsextremistischer Wahlerfolge eher niedrig ist, und daß andererseits die Entwicklung des Ausländerzuzugs in den Jahren zuvor keine Rolle spielt. Dies deutet darauf hin, daß Ausländerfeindlichkeit bei den REP-Wählern kein dynamisches Problem darstellt, indem sich die betreffende deutsche Bevölkerung durch wachsende

---

<sup>54</sup> Vgl. Schneeweiß (1990), S. 190ff.; Gujarati (1995), S. 362ff.

Zuwanderung in irgendeiner Weise bedroht sieht, sondern daß es generell um die Präsenz von Ausländern ungeachtet ihrer tatsächlichen quantitativen Entwicklung geht. Dieser Effekt wird (mit höherer Signifikanz) auch für den eigentlichen Schwerpunkt der REP in den alten Ländern bestätigt (Tabelle 4, linke Spalte).

Bezüglich der Altersstruktur zeigt sich für Gesamtdeutschland, daß Jugendliche im Allgemeinen signifikant weniger dazu neigen, REP zu wählen. Dieser Effekt nimmt jedoch dort signifikant ab, wo ein starker relativer Zuwachs an Jugendlichen zu verzeichnen ist. Dies deutet darauf hin, daß es innerhalb der Jugendlichen einen Bruch gibt, und gerade neu hinzukommende Jungwähler gerade im Gegenteil eine große Affinität zu rechtsextremen Parteien entwickeln. Der Anteil der Senioren ist hingegen nicht signifikant für das Abschneiden der REP; ganz im Gegensatz zu den oben geäußerten Vermutungen wirkt sich eine rasche Zunahme des Bevölkerungsanteils der über 65-Jährigen sogar negativ aus. Ein Blick auf die Ergebnisse für Westdeutschland zeigt jedoch, daß die ältere Generation in den alten Ländern generell keinen besonderen Effekt auf die Wahlergebnisse der REP hat. Der dämpfende Effekt geht also ausschließlich von den neuen Ländern aus. Als Erklärungsmuster bietet sich beispielsweise die starke Assoziation von Rentnern mit ihren Erfahrungen in der DDR an, die nach der Wiedervereinigung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und ihrer Lebensgeschichte nach noch stärker mit linkem als rechtem Gedankengut verbunden sein könnten.

Überraschend sind die Ergebnisse für die Rolle, die die Sozialleistungen als Indikator für die sozioökonomische Lebenssituation der jeweiligen Kreisbevölkerung spielen. Allen Erwartungen nach sollte der Stimmenanteil der REP dort höher sein, wo sich ein besonders hoher Bevölkerungsanteil an sozial Benachteiligten befindet. Eine relativ hohe Zahl von Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern verringert die Wahlchancen der REP jedoch signifikant. Selbst eine starke Zunahme der Sozialhilfeempfänger und ein hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfebeziehern wirken sich im gesamtdeutschen Szenario negativ aus. Mit Ausnahme des Gesamtbestandes an Sozialhilfeempfängern wird dieses Resultat auch für Westdeutschland bestätigt und erscheint damit als sehr robust. Es widerspricht offensichtlich diametral dem Argument der sozialen Deprivation, das die öffentliche Diskussion um den Rechtsextremismus noch immer beherrscht und deutet zugleich darauf hin, daß die

---

<sup>55</sup> Vgl. Greene (1993), S. 469ff./479ff.

Einrichtungen des Sozialstaates durchaus einen deutlich dämpfenden Effekt auf die Bereitschaft ausüben, rechtsextrem zu wählen.

Nur bedingt bestätigt werden die Vermutungen bezüglich der Rolle der Bildung. Während das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer generell keinen Einfluß ausübt, Rechtsextreme also grundsätzlich auf allen Niveaus der Bildungsskala der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung zu finden sind, hat die Bildungsinfrastruktur einen signifikant negativen Effekt. Der Anteil von Schülern an weiterführenden Schulen und insbesondere ein hoher Anteil ausländischer Schüler in diesen Bildungseinrichtungen senkt die Wahlchancen der REP in den betreffenden Kreisen. Keine signifikante Wirkung hat hingegen die Zahl der Studenten. Dies kann einerseits daran liegen, daß die Zahl der Hochschulstädte im Sample verhältnismäßig klein ist, deutet andererseits jedoch auch darauf hin, daß für die Abschwächung rechtsextremer Einstellungen insbesondere auch die perzipierten Zukunfts- (und damit Bildungs-) Chancen der Kinder und die durch schulischen Erfolg demonstrierte Integrationsfähigkeit von Ausländern von Bedeutung sind. Zu beachten ist jedoch, daß Bildung in den alten Ländern offenbar eine wesentlich geringere Rolle spielt als in den neuen Ländern. Lediglich der letztgenannte Punkt ist auch im Westen signifikant negativ für den Stimmenanteil der REP. Umgekehrt ergibt sich das Kuriosum, daß Investitionen in die Erwachsenenbildung, wie sie gerade in den Aktivitäten der Volkshochschulen ihren Niederschlag finden, den Erfolg der REP eher erhöhen. Nachdem es sich hier offensichtlich wieder um einen spezifisch ostdeutschen Effekt handelt, und das VHS-System in den neuen Ländern offenbar noch nicht so stark ausgebaut ist wie im Westen, ist dieses Ergebnis jedoch ungeachtet zusätzlicher Probleme, wie mangelnde Information über die angebotenen Inhalte und den tatsächlichen Teilnehmerkreis, mit großer Vorsicht zu betrachten.

Bei den Effekten der Arbeitsmarktsituation ergibt sich ebenfalls ein differenziertes Bild. Während der Lohn lediglich wiederum in den neuen Ländern noch eine, wenngleich sehr geringe dämpfende Wirkung auf die Wahlerfolge der REP hat, ist das Niveau der Arbeitslosigkeit von entscheidender Bedeutung. Eine hohe Arbeitslosenquote wirkt, zusätzlich verstärkt durch eine hohe Ausländerarbeitslosenquote, signifikant auf eine Erhöhung des rechtsextremen Stimmenanteils hin. Betrachtet man die jeweilige Struktur der Arbeitslosigkeit näher, so fällt zunächst auf, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, d.h. auf dynamische Arbeitsmarkteffekte gegründete Wahrnehmungen und Erwartungen offenbar keinen Einfluß auf die Wahlentscheidung haben. Eine höhere Ausbildungsplatzdichte

verringert die Chancen der REP lediglich in der Schätzung für Gesamtdeutschland, ist also nur für die neuen Länder relevant. Überraschend ist jedoch, daß von der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Arbeitslosen kein signifikanter Effekt ausgeht, während sich aus den oben genannten Ergebnissen eigentlich ableiten läßt, daß im Rahmen typisch männlicher Wertvorstellungen und größerer weiblicher Skepsis gegenüber Rechtsextremen eine höhere Arbeitslosigkeit von Frauen politisch leichter erträglich und damit weniger positiv für den Stimmenanteil der REP sein müßte als Arbeitslosigkeit von Männern. Darüber hinaus kommen die Schätzungen zu dem Schluß, daß von einem hohen Anteil jugendlicher und Langzeitarbeitsloser sogar ein gegenläufiger, dämpfender Effekt auf den rechten Wahlerfolg ausgeht. Dies mag beispielsweise mit der Resignation von Langzeitarbeitslosen zusammenhängen, die sie weniger für rechtsextreme Agitation mobilisierbar macht als Arbeitslose, die mitten in ihrer Erwerbsbiographie stehen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur hat im großen und ganzen nur einen sehr geringen Einfluß auf das rechtsextreme Wahlverhalten. Lediglich für Gesamtdeutschland (und damit indirekt für die neuen Länder) ergibt sich ein signifikant negativer Effekt eines hohen Anteils des Dienstleistungssektors. Insbesondere der Auslandsumsatz und die Wertschöpfung als Indikatoren für die internationalen Verbindungen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sind ganz klar insignifikant.

Schließlich zeigt der Variablensatz für die Wohnsituation, daß im gesamtdeutschen Kontext ein negativer Effekt von Wohnungsbaufördermaßnahmen zu beobachten ist, der sich entsprechend wiederum als ein ostdeutsches Spezifikum interpretieren läßt. Sowohl insgesamt wie für die alten Länder ergibt sich jedoch der unerwartete Befund, daß eine generelle Verbesserung der Wohnungssituation durch eine Zunahme der durchschnittlichen Wohnfläche zu einer größeren Affinität für Rechtsextreme führt. Die tatsächliche Wohnfläche und die Wohndichte spielen dabei keine Rolle.

## **5.2. Resultate der Schätzungen für die PDS**

Im Fall der PDS bestätigen die Schätzergebnisse zunächst einmal die Vermutungen hinsichtlich ihrer besonderen Attraktivität in den neuen Ländern und in den Städten. Außerdem wird deutlich, daß sich die Partei seit 1994 generell stärker in der Bundesrepublik etabliert hat.

Während im gesamtdeutschen Sample die Präsenz von Ausländern keinen Einfluß auf das Wahlergebnis der PDS hat, zeigt sich gerade in Ostdeutschland, daß hohe ausländische Bevölkerungsanteile und insbesondere ein starker Zuzug von Ausländern das Wählerpotential der PDS signifikant erhöhen. In dieser Beziehung erscheint die PDS einerseits ähnlich wie die REP als Protestpartei, die von den Änderungen im sozioökonomischen und kulturellen Umfeld der einheimischen Bevölkerung profitiert. Auf der anderen Seite kann sich eine gewisse Parallelität zu den Determinanten rechtsextremer Erfolge auch dadurch ergeben, daß sich die PDS als antifaschistische Partei zu profilieren versucht. In diesem Sinne wäre der ebenfalls positive Einfluß der Ausländersituation als Ausdruck einer wachsenden Polarisierung im Parteienspektrum zu werten.

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen demographischer Schichtung und linkem Stimmenanteil läßt sich anhand der Schätzresultate feststellen, daß sich bundesweit analog zum REP-Ergebnis ein signifikant positiver Effekt der Zunahme des Anteils der Jugendlichen ergibt, während sich Bestand und Zunahme von Senioren signifikant negativ auf die Wahlchancen der PDS auswirken. Demgegenüber verliert die PDS deutlich in Kreisen mit einem hohen Bestand an Jugendlichen und zusätzlich bei dessen Erhöhung. Während sich ein hoher Bestand an Älteren wie in Gesamtdeutschland grundsätzlich negativ für die PDS auswirkt, ergibt sich gerade für Ostdeutschland ein gegenläufiger Effekt in Kreisen, in denen der Seniorenanteil stark ansteigt.

Ähnlich wie bei den REP ergibt sich für das Abschneiden der PDS in der Bundesrepublik ein gewisser dämpfender Effekt durch die Leistungen des sozialen Netzes mit Ausnahme des Wohngeldes, das sich signifikant positiv auswirkt. Dabei fällt auf, daß es nicht um den Bestand als vielmehr um die Dynamik des Sozialhilfebezuges und den Anteil der davon betroffenen Ausländer geht. Ein hoher Anteil an ausländischen Sozialhilfeempfängern impliziert möglicherweise die tatsächliche oder wahrgenommene Folgerung, daß deutsche Bürger weniger stark vom sozialen Abstieg betroffen sind als ausländische. In den neuen Ländern ist der Anteil der Ausländer an der Sozialhilfe sogar der einzige Faktor dieses Variablenkomplexes, der sich signifikant (negativ) auf die PDS auswirkt.

Bezogen auf das ganze Bundesgebiet zeigt sich, daß die PDS in Kreisen mit relativ hoch qualifiziertem Arbeitskräftepotential signifikant besser abschneidet, daß eine gute

Bildungsinfrastruktur einschließlich Hochschulen sich jedoch eher negativ für die Partei auswirkt. In Ostdeutschland spielen Bildungsniveau und –einrichtungen jedoch gar keine signifikante Rolle.

Im Gesamtsample zeigt sich, daß die Arbeitsmarktsituation durchaus für den Stimmenanteil der PDS bedeutsam ist. Zwar ist das Lohnniveau erneut insignifikant, doch eine hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit wirken sich signifikant positiv aus. Interessanterweise ergeben sich demgegenüber ein negativer Gesamteffekt der Arbeitslosigkeit und eine signifikante Dämpfung des PDS-Wahlerfolges bei einem hohen Anteil von Frauenarbeitslosigkeit. Das Ausbildungsplatzangebot ist insignifikant. Für die neuen Länder reduziert sich dieses differenzierte Bild jedoch auf eine negative Signifikanz der Arbeitslosigkeit von Ausländern und einen weiter bestehenden positiven Effekt der Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Wirtschaftsstruktur und –leistung der Landkreise und kreisfreien Städte erweist sich in beiden Schätzungen als irrelevant für das Wahlergebnis der PDS.

Bei der Wohnsituation ergeben sich hingegen wiederum signifikante Effekte, die für die Bundesrepublik insgesamt denen des REP-Falles gleichen: Ein Anwachsen der vorhandenen Wohnflächen wirkt sich positiv für die extremistischen Wahlchancen aus, während Wohnungsbauförderung leicht dämpfend wirkt. Durchaus erwartungsgemäß führt auch eine hohe Wohndichte zu einer stärkeren Präferenz, PDS zu wählen. Dies gilt jedoch vor allem für Gesamtdeutschland (und damit indirekt hauptsächlich für den Westen); in Ostdeutschland verbleibt neben dem positiven Effekt der Wohnflächenentwicklung ein signifikant negativer Effekt des Wohnflächenbestandes. Größere Wohnflächen verringern damit per se die Stimmenanteile der PDS, während ihre schnelle Vergrößerung zu deren Erhöhung führt. Ursache hierfür könnte beispielsweise die Wahrnehmung einer wachsenden Ungleichheit in der Wohnraumversorgung sein.

### **5.3. Wesentliche Determinanten der Wahlerfolge von PDS und REP**

Faßt man die beiden Schätzungen zusammen, so ergibt sich als zentrales Element des Gesamtbildes, daß bei den Determinanten von REP- und PDS-Stimmenanteilen bei den Europawahlen 1994 und 1999 klar zwischen west- und ostdeutschen Bedingungen

unterschieden werden muß. Stichwortartig konzentriert wird der Wahlerfolg der REP bundesweit insbesondere durch folgende sozioökonomische Faktoren signifikant gefördert:

1. die Lage in den alten Bundesländern,
2. einen hohen Bestand an Ausländern,
3. eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem möglichst niedrigen Bestand,
4. möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger im betreffenden Kreis,
5. eine verhältnismäßig schlechte Bildungsstruktur, was die weiterführenden Schulen angeht, insbesondere in bezug auf den Bildungserfolg von Ausländern,
6. ein hohes Niveau kurz- und mittelfristig Arbeitsloser und arbeitsloser Ausländer,
7. eine schlechte Ausbildungsplatzsituation,
8. die große Bedeutung des primären und sekundären Sektors in der Wirtschaftsstruktur des Standorts, sowie
9. eine starke Zunahme des verfügbaren Wohnraumes, möglichst ohne Wohnungsbauförderung.

In Westdeutschland reduziert sich dieser anhand der Schätzungen empirisch belegbare Katalog (mit den entsprechenden logischen Konsequenzen für die Bedingungen in den neuen Ländern) auf:

1. einen hohen Bestand an Ausländern,
2. eine starke Zunahme jugendlicher Wähler, ausgehend von einem niedrigen Bestand,
3. möglichst wenige (!) Sozialleistungsempfänger,

4. eine verhältnismäßig schlechte Schulbildungsstruktur für Ausländer,
5. ein hohes Niveau kurz- und mittelfristig Arbeitsloser und arbeitsloser Ausländer, und
6. eine starke Zunahme des verfügbaren Wohnraumes.

Vor diesem Hintergrund erscheint die These von der sozialen Deprivation der REP-Wähler nur bedingt haltbar. Gerade in ihren Stammländern im Westen der Bundesrepublik basiert die Attraktivität der REP offenbar vor allem auf der Zunahme jugendlicher Erstwähler und Arbeitsloser, die sich noch nicht stillschweigend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben (oder faktisch aus diesem verdrängt wurden) sowie einer hohen Präsenz von Ausländern. Der negative Effekt von Sozialleistungsempfängern und der Verbesserung der Wohnraumsituation deuten darauf hin, daß es sich bei den REP-Wählern weniger um unmittelbar sozioökonomisch benachteiligte Gruppen handelt, als vielmehr um solche, die durchaus zum Teil eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage konstatieren können, gerade aufgrund dieses materiellen Wohlstandwachstums jedoch besonders anfällig für letztlich vordringlich ideologisch motivierte Verlustängste und Sozialneid sind. Entsprechend wirken sich ein hoher Anteil von Ausländern an der Bevölkerung und an den Arbeitslosen sowie eine Verbesserung der durchschnittlichen (!) Wohnungssituation positiv auf die Affinität zum Rechtsextremismus aus. In den neuen Bundesländern scheint die Rolle der tatsächlichen sozioökonomischen Lage in diesem Gemisch aus rassistisch-kulturell motivierter Ideologie und sozialer Deprivation zumindest in Grundzügen noch bedeutsamer zu sein.

Summiert man analog dazu die Determinanten der Stimmenanteile der PDS, so wirken sich auf Bundesebene folgende Faktoren positiv auf das Abschneiden dieser Partei aus:

1. die Lage in den neuen Bundesländern,
2. eine starke Zunahme jugendlicher und eine möglichst geringe Zahl älterer Wähler,
3. möglichst wenige (!) Sozialhilfeempfänger im betreffenden Kreis,



4. eine überdurchschnittlich qualifizierte aktive Bevölkerung, jedoch verhältnismäßig schlechte Bildungsstruktur,
5. ein niedriges (!) Niveau kurz- und mittelfristig sowie weiblicher Arbeitsloser, jedoch eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit und viele Jugend- und Langzeitarbeitslose, und
6. eine starke Zunahme des verfügbaren Wohnraumes, möglichst ohne Wohnungsbauförderung, bei einer weiterhin hohen Wohndichte.

Im Kerngebiet der PDS, den neuen Ländern, verändert sich dieses Bild in einigen Punkten. Hier zählen zu den wesentlichen Determinanten des Wahlerfolges der PDS:

1. ein hoher Bestand und eine schnelle Zunahme von Ausländern,
2. eine möglichst geringe Zahl von Jugendlichen und – mit Abstrichen – Senioren,
3. eine möglichst geringe Ausländer- und eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit sowie
4. eine möglichst niedrige Wohnfläche, die jedoch schnell erhöht wird.

Offenbar ist der Linksextremismus, der sich in der Wahl der PDS äußert, gerade in der ehemaligen DDR in erster Linie ein Phänomen der mittleren Generationen und, mit Ausnahme der Langzeitarbeitslosen, eher ein psychisch-ideologisches als ein reales ökonomisches Problem. Insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung der Arbeitslosigkeit, der Sozialleistungsempfänger und der Wohnraumentwicklung zeigt sich, daß es bei der Wahl der PDS offenbar in erster Linie um eine Protesthaltung geht, die wohl weniger von den tatsächlichen sozioökonomischen Gegebenheiten als von einer Mischung ideologischer Vorbehalte gegen das bundesrepublikanische System (einschließlich einer DDR-Nostalgie) und einem gewissen Sozialneid geprägt ist.

#### **5.4. Parallelen und Unterschiede**

Aus alledem folgt, daß sich die Wahlerfolge der PDS und der REP zumindest in einigen Bereichen auf ähnliche Strukturen in den betroffenen Kreisen zurückführen lassen. Gerade in

den jeweiligen Hauptwahlgebieten der beiden Parteien ergibt sich ein deutlicher Bezug zur Ausländerproblematik. Die hohe Präsenz ausländischer Mitbürger erhöht offensichtlich vor allem aus ideologischen Gründen die Attraktivität der extremistischen Parteien. Ob die Ursache dafür in beiden Fällen eine latente Ausländerfeindlichkeit (wie wohl bei den REP anzunehmen) und damit eine gewisse ideologische Verwandtschaft der zwei Parteien verantwortlich ist, oder bei der PDS das antifaschistische Element als Antwort auf etwaige Rechtsextreme die zentrale Rolle dabei spielt, geht aus den Schätzungen jedoch nicht hervor.

Interessant ist auch, daß offenbar beide Parteien bei einer Verbesserung der Bildungsinfrastruktur verlieren. Dies betrifft vor allem das Angebot an weiterführenden Schulen und verweist darauf, daß für die Wahlentscheidung gerade von Eltern offenbar auch die Bildungsmöglichkeiten und Zukunftsaussichten der Kinder eine wichtige Rolle spielen. Möglicherweise verbessert ein fortschrittlicheres Bildungsangebot darüber hinaus generell die soziale und politische Atmosphäre in einem Gebiet, sei es allgemein durch eine bessere Aufklärung und „Verbürgerlichung“, sei es durch die Möglichkeit einer besseren Integration von bislang benachteiligten Schichten und Ausländern.

Dennoch bleibt bei REP und PDS auch der Aspekt der offensichtlichen Unzufriedenheit mit tatsächlichen Verbesserungen der sozioökonomischen Situation augenfällig, wie sie sich im Fall der Wohnungssituation äußert. Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, daß gerade mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Ressentiments und Verlustängste aktiviert werden, die die Wähler für extremistische Parolen empfänglich machen. Daß es hier viel mehr um die relative als um die absolute sozioökonomische Situation geht, also um den Vergleich der eigenen Position mit der des Umfeldes, hinter dem letztlich ein gewisser nivellierender Gleichheitsanspruch steht, zeigt sich nicht zuletzt in der Bedeutung des Sozialleistungsempfanges. Offensichtlich erscheint die eigene sozioökonomische Position (und relative soziale Deprivation) solange erträglich, als sich verhältnismäßig viele Personen in einer vergleichbaren Lage befinden. Sobald sich jedoch Verbesserungen einstellen, wächst der Protest gegen die Lage. Offensichtlich kommt bei der Dämpfung dieses Protestes nicht zuletzt den Einrichtungen des Sozialstaates eine zentrale Bedeutung zu.

Eine letzte wesentliche Gemeinsamkeit zwischen PDS- und REP-Wahlerfolgen ist schließlich die weitgehende Irrelevanz der Wirtschaftsstruktur und –leistung eines Kreises. Zwar ergeben sich gewisse Effekte hinsichtlich einer Zurückdrängung rechtsextremer Stimmenanteile in

solchen Kreisen, in denen dem Dienstleistungssektor ein hohes Gewicht zukommt. Doch generell geht von der Modernität und Internationalität eines Standorts offenbar kaum eine Wirkung für die Attraktivität links- oder rechtsextremer Parteien aus. In diesem Zusammenhang widerspricht auch die empirische Bedeutungslosigkeit der bei der Arbeitslosigkeit begrenzt erfaßten geschlechtsspezifischen sozioökonomischen Aspekte den Vermutungen, die man aus der bisherigen Literatur ableiten könnte.

Bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten ergeben sich jedoch auch wichtige Unterschiede zwischen den Determinanten von PDS- und REP-Wahlerfolgen. Hier ist zum einen die unterschiedliche Attraktivität zu nennen, mit der beide Parteien gerade in den neuen bzw. alten Ländern auf die Jugend wirken. Hier sieht es so aus, als käme den Rechtsextremen ein höheres Wählerpotential zugute als den Linksextremen. Auf der anderen Seite ist die PDS offenbar für überdurchschnittlich Gebildete der aktiven Bevölkerung besonders ansprechend.

Differenzen gibt es auch bezüglich der Wirkung von Arbeitslosigkeit. In Kreisen mit hoher Arbeitslosigkeit schneiden die REP ceteris paribus generell besser ab als die PDS. Dabei ist jedoch wichtig, daß sich die REP-Wähler offenbar hauptsächlich aus denjenigen Gruppen von Arbeitslosen oder Arbeitslosigkeit fürchtenden Personen rekrutieren, die keinen direkten Bezug zu den besonderen Problembereichen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit haben. Hinzu kommt der positive Effekt ausländischer Arbeitslosigkeit. Umgekehrt erzielt die PDS dort bessere Wahlergebnisse, wo gerade Langzeitarbeitslose besonders stark vertreten sind. Bei der Betrachtung des üblichen Arguments, wonach Arbeitslosigkeit prinzipiell die Affinität zu extremistischen Parteien erhöht, ist also sehr differenziert nach den verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen zu unterscheiden.

## **5.5. Schlußfolgerungen für die demokratische Politik und offene Fragen**

Auch wenn die hier vorgestellten Schätzergebnisse aufgrund verbleibender theoretischer und methodischer Fragen noch weiter zu verfeinern sind (s.u.), deuten sie bereits auf vier große Bereiche hin, in denen sich der Politik der demokratischen Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung extremistischer Parteien eröffnen. Dabei handelt es sich, dem Gesamtansatz der Untersuchung entsprechend, um sozioökonomisch-strukturelle Aktionsfelder, die entsprechend insbesondere im Rahmen einer Berücksichtigung in der regionalen Strukturpolitik relevant sind. Unter der Annahme, daß der

Linksextremismus in der Parteienlandschaft vordringlich ein Problem der neuen Bundesländer ist, der Rechtsextremismus trotz der institutionellen Verwurzelung rechtsextremer Parteien im Westen dagegen eine bundesweite Bedrohung darstellt, liegen diesen Schlußfolgerungen in erster Linie die Schätzergebnisse für die PDS in Ost- und die REP in Gesamtdeutschland zugrunde.

An erster Stelle ist die Verbesserung der Schulbildung zu nennen. Nachdem sich nicht zuletzt im Bereich der Rechtsextremen der Zuwachs jugendlicher Neuwähler nachteilig im Sinne der Stützung demokratischer Strukturen auswirkt, kommt es darauf an, sowohl den Jugendlichen als auch ihren Eltern und deren Umfeld deutlich zu machen, daß eine bessere Bildung bessere sozioökonomische Zukunftsaussichten bedeutet und entsprechende politische Anstrengungen zu machen. Nachdem der dämpfende Effekt auf extremistische Wahlchancen offenbar davon ausgeht, einem möglichst großen Anteil der Schüler tatsächlich das Fortkommen in weiterführenden Schulen zu ermöglichen, ist in diesem Politikfeld nicht nur eine Zunahme der Bildungsinvestitionen und ein Ausbau der materiellen Infrastruktur (z.B. Raum- und EDV/IT-Ausstattung) gefordert. Die Verbesserung der Bildungschancen für alle, auch für per se eher benachteiligte Schüler impliziert vor allem auch Neuerungen und Investitionen beispielsweise im Bereich der Personalsituation an den Schulen, der pädagogischen Ausbildung und persönlichen Motivation der Lehrer, sowie generell der schulischen wie außerschulischen Betreuung der Schüler. Nur eine praktisch relevante und nachhaltige Förderung der Bildungschancen der jungen Generation ermöglicht in dieser Hinsicht eine Stabilisierung des politischen Systems der Bundesrepublik.

Selbst wenn der Einfluß hoher Arbeitslosigkeit wie gesehen sehr differenziert betrachtet werden muß, kommt ihrer Bekämpfung prinzipiell eine große Bedeutung zu. Eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen ist mit unterschiedlichen Wirkungen auf PDS und REP (je nach Arbeitslosengruppe) generell ein Weg zur Reduzierung extremistischer Wahlerfolge. Gerade die notwendige Differenzierung der Wirkungen eines Arbeitslosenabbaus und die offenbar zentrale Rolle kleinbürgerlicher Verlustängste unabhängig von ihrem realen materiellen Gehalt zeigen jedoch auch, daß in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kein Allheilmittel gegen Rechts- und Linksextremismus liegt, sondern daß sozioökonomische Verbesserungen nur einen Teil der Motivation, extremistisch zu wählen, verringern können.

Ein fast durchgängig dämpfender Effekt auf extremistische Wahlerfolge geht von den Leistungen des Sozialstaates aus, die im empirischen Design der Studie durch Sozialhilfe- und Wohngeldempfang und letztlich auch durch die Wohnbauförderung abgebildet wurden. Offenbar sorgt das bestehende soziale Netz der Bundesrepublik dafür, Reduktionen in den absoluten Einkommens- und Versorgungsniveaus sowie insbesondere das Ausmaß relativer sozialer Deprivation soweit in Grenzen zu halten, daß extremistische Reaktionen verringert werden. Damit liegt eine der zentralen, jedoch in der gegenwärtig finanz- und fiskalpolitisch dominierten Diskussion weitgehend vernachlässigten Leistungen des Sozialstaates in seinem Beitrag zur Stabilisierung der demokratischen Strukturen in Deutschland. Vor diesem Hintergrund erscheint ein faktischer Abbau sozialer Leistungen, wie er unter dem Deckmantel eines „Umbaus des Sozialstaates“ verschiedentlich gefordert wird, als demokratiepolitisch fragwürdig. Es ist daher notwendig, in die ökonomische Debatte um die Zukunft des Sozialstaates auch solche Bedenken einfließen zu lassen, die klar über die Finanzierungs- und Anreizproblematik hinausgehen, gerade aus langfristiger politischer Sicht jedoch entscheidendes Gewicht haben können.

Schließlich ist unter Ergänzung des erstgenannten Punktes noch darauf hinzuweisen, daß aufgrund der demographischen Struktur der Wähler extremistischer Parteien nach den vorliegenden Schätzergebnissen und des festzustellenden Generationeneffektes nicht davon auszugehen ist, daß ein Teil des extremistischen Wählerpotentials in absehbarer Zeit aufgrund natürlicher Alterung wegfällt. Die Resultate zeigen schließlich, daß sowohl links- wie rechtsextreme Wähler vor allem dort zu finden sind, wo eben keine verhältnismäßig alte Bevölkerung vorherrscht, sondern daß insbesondere Angehörige der aktiven Erwachsenen- und eben nicht „Ewiggestrige“ extrem wählen. Hinzu kommt vor allem im Bereich des rechten Spektrums der signifikante Zuwachs der Stimmen von Jungwählern. Neben einer aktiveren Bildungspolitik muß daher eine verstärkte Jugendarbeit zur Erfassung derjenigen Jugendlichen verfolgt werden, die bereits die Schule verlassen haben.

Wie bereits erwähnt, stellt die vorliegende Studie mit diesen Schlußfolgerungen erst einen Startpunkt für eine methodisch anspruchsvollere Ermittlung relevanter sozioökonomisch-struktureller Faktoren in der Parteien- und Wahlforschung dar. Verschiedene Erweiterungsmöglichkeiten des Studiendesigns sind denkbar und schließen je nach Datenlage

und verwendetem ökonomischen Modell folgende Aspekte ein, die abschließend erwähnt seien:

- den Vergleich der hier ermittelten Resultate mit den Determinanten extremistischer Erfolge bei anderen Wahlen, insbesondere Bundes- und Landtags-, aber auch Kommunalwahlen,
- die Einbeziehung weiterer sozioökonomischer Variablen, etwa zur Abbildung des Einflusses der Kriminalitätssituation,
- die Berücksichtigung von Mobilisierungseffekten, die eine hier aufgrund mangelnder Daten unterbliebene, explizite Modellierung des Einflusses von Nicht- und Protestwählern ermöglicht,
- die Interaktion zwischen links- und rechtsextremistischen Wahlerfolgen, die wegen des methodischen Endogenitätsproblems hier nicht einbezogen wurde,
- die Berücksichtigung der herrschenden Regierungsverhältnisse auf regionaler, Landes- oder Bundesebene, sowie
- die Einbeziehung der strukturellen Voraussetzungen der Parteien für den jeweiligen Wahlkampf vor Ort, beispielsweise durch die Mitgliederzahl in den Kreisverbänden.

Für einige dieser Effekte wurde in dieser Studie bereits durch die Auswahl des *random effects*-Modells, also durch statistisch-technische Annahmen kontrolliert. Gerade im Hinblick auf eine praxisorientierte Untersuchung der konkreten Determinanten extremistischer Wahlerfolge mit dem Ziel, strukturpolitische Gegenmaßnahmen aufzuzeigen, sind jedoch weitere detailliertere Informationen wünschenswert. Die verbesserte Bereitstellung solcher Informationen obliegt letztlich den statistischen Ämtern der öffentlichen Hand.

**Tabelle 1:**  
**Wahlergebnisse ausgewählter links- und rechtsextremer Parteien bei Bundestags- und Europawahlen 1949-1999 (bundesweiter Stimmenanteil in %)**

<i>Jahr</i>	<i>Wahl</i>	<i>Rechtsextreme Parteien</i>			<i>Linksextreme Parteien</i>		
		REP	DVU	NPD	PDS	DKP	KPD
1949	D	---	---	---	---	---	5,7
1953	D	---	---	---	---	---	2,2
1957	D	---	---	---	---	---	---
1961	D	---	---	---	---	---	---
1965	D	---	---	2,0	---	---	---
1969	D	---	---	4,3	---	0,6	---
1972	D	---	---	0,6	---	0,3	---
1976	D	---	---	0,3	---	0,3	---
1979	EU	---	---	---	---	0,4	---
1980	D	---	---	---	---	0,2	---
1983	D	---	---	0,2	---	0,2	---
1984	EU	---	---	0,8	---	1,3*	---
1987	D	---	---	0,6	---	---	---
1989	EU	7,1	1,7	---	---	0,2	---
1990	D	2,1	---	0,3	2,4	---	---
1994	EU	3,9	---	0,2	4,7	---	---
1994	D	1,9	---	---	4,4	---	---
1998	D	1,8	1,2	0,3	5,1	---	---
1999	EU	1,7	---	0,4	5,8	---	---

\*: Wahlbündnis „Frieden“.

---: nicht angetreten oder vernachlässigbarer Stimmenanteil (gerundet 0,0%).

**Tabelle 2:**  
**Variablen der empirischen Analyse**

<i>Variable</i>	<i>Variablendefinition</i>	<i>Mittelwert im Datensatz</i>		
		Bund	Alte Länder	Neue Länder
Stadtkreis	Dummy-Variable (kreisfreie Stadt: 1, sonst: 0)	---	---	---
Ostdeutschland	Dummy-Variable (neue Länder: 1, sonst: 0)	---	---	---
Wahl 1994	Dummy-Variable (Europawahl 1994: 1, sonst: 0)	---	---	---
Ausländer	Anteil der Ausländer an den Einwohnern in %	9,0	10,4	4,0
Ausländer-entwicklung	Entwicklung der Zahl der Ausländer seit 1990 in %	2,1	2,1	1,6
Jugend	Anteil der Einwohner von 18 bis unter 25 Jahren an den Einwohnern in %	7,7	7,5	8,1
Jugend-entwicklung	Entwicklung der Zahl der 18- bis unter 25-Jährigen seit 1990 in %	-22,0	-24,0	-14,5
Senioren	Anteil der Einwohner von 65 Jahren und älter an den Einwohnern in %	15,8	16,0	15,2
Senioren-entwicklung	Entwicklung der Zahl der 65-jährigen und Älteren seit 1990 in %	8,8	9,6	5,8
Sozialhilfe-empfänger	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 1.000 Einwohner	35,1	35,6	33,2
Sozialhilfe-entwicklung	Entwicklung der Zahl der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den letzten fünf Jahren in %	15,6	10,4	42,1
Sozialhilfe – Ausländer	Anteil ausländischer Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in %	21,5	23,3	14,7
Wohngeld-empfänger	Haushalte, die Empfänger von Mietzuschuß/Lastenzuschuß sind, je 1.000 Haushalte	40,8	31,3	75,4
Höherqualifizierte	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit hoher Qualifikation (d.h. mit Abschluß an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %	8,0	7,4	10,4
Höhere Schüler	Anteil der Schüler in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien an den Schülern in %	47,1	43,5	58,2



Höhere Schüler – Ausländer	Anteil der Ausländer an den Schülern in Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in %	5,3	7,0	1,4
Studenten	Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen je 1.000 Einwohner	22,2	23,3	18,1
Volkshochschulangebot	Angebotene Kurse an Volkshochschulen je 10.000 Einwohner	63,0	71,5	31,4
Lohn	Monatliche Lohn- und Gehaltssumme je Industriebeschäftigtem in DM	5.724	5.902	4.251
Arbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in % (Arbeitslosenquote)	11,7	9,8	18,2
Arbeitslosigkeitsentwicklung	Prozentpunktedifferenz zur Arbeitslosenquote von 1993	1,8	1,7	2,7
Arbeitslosigkeit – Frauen	Anteil der arbeitslosen Frauen an den Arbeitslosen in %	47,4	44,1	53,2
Arbeitslosigkeitsentwicklung – Frauen	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Frauen seit 1993 in %	8,8	19,7	-4,3
Arbeitslosigkeit – Ausländer	Anteil der arbeitslosen Ausländer an den Arbeitslosen in %	12,6	17,3	4,1
Arbeitslosigkeitsentwicklung – Ausländer	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Ausländer seit 1993 in %	41,4	40,5	48,8
Jugendarbeitslosigkeit	Arbeitslose unter 25 Jahren je 1.000 Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	47,0	41,0	65,0
Langzeitarbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, an den Arbeitslosen in %	37,1	38,4	34,7
Ausbildungsplatzdichte	Gesamtangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager in %	98,1	100,1	91,9
Tertiärer Sektor	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Tertiären Sektor an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in %	59,8	58,6	64,0
Auslandsumsatz	Auslandsumsatz im Produzierenden Gewerbe je Beschäftigtem in 1.000 DM (Durchschnitt der letzten fünf Jahre)	91,5	98,4	35,2
Wertschöpfung	Bruttowertschöpfung je Einwohner in DM	39.180	42.954	25.572
Wohnfläche	Wohnfläche je Einwohner in m <sup>2</sup>	37,9	38,8	34,2
Wohnflächenentwicklung	Differenz der Wohnfläche je Einwohner zu 1990 in m <sup>2</sup>	3,1	2,4	5,2
Wohnungsbauförderung	Anteil der geförderten Wohnungen an den fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in %	18,6	17,7	20,4
Wohndichte	Personen je Haushalt	2,21	2,26	2,06

**Tabelle 3:**  
**Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges in Gesamtdeutschland (Random Effects Panel GLS)**

<i>Variable</i>	<i>Republikaner Bundesweit</i>	<i>PDS Bundesweit</i>
Stadtkreis	0,279 (1,27)	1,485*** (3,57)
Ostdeutschland	-1,855** (2,53)	14,790*** (3,57)
Wahl 1994	2,613*** (15,83)	-1,078*** (4,51)
Ausländer	0,104* (1,78)	-0,146 (1,38)
Ausländerentwicklung	-0,017 (0,23)	0,138 (1,17)
Jugend	-0,239* (1,69)	-0,114 (0,46)
Jugendentwicklung	0,139*** (7,82)	0,117*** (3,89)
Senioren	0,023 (0,51)	-0,689*** (9,40)
Seniorenentwicklung	-0,048*** (3,05)	-0,133*** (5,58)
Sozialhilfeempfänger	-0,016*** (2,90)	-0,002 (0,26)
Sozialhilfeentwicklung	-0,004** (2,46)	-0,004** (2,25)
Sozialhilfe – Ausländer	-0,033*** (7,31)	-0,017*** (3,19)
Wohngeldempfänger	-0,017*** (3,42)	0,025*** (2,76)
Höherqualifizierte	0,014 (0,41)	0,131** (2,21)
Höhere Schüler	-0,015* (1,84)	-0,025* (1,70)
Höhere Schüler – Ausländer	-0,061** (2,27)	-0,0002 (0,00)
Studenten	-0,002 (1,00)	-0,011*** (2,74)
Volkshochschulangebot	0,003** (2,14)	-0,000 (0,03)
Lohn	-0,0002* (1,82)	0,000 (0,44)
Arbeitslosigkeit	0,179*** (4,86)	-0,112** (2,32)
Arbeitslosigkeitsentwicklung	-0,005 (0,67)	0,035*** (3,91)
Arbeitslosigkeit – Frauen	-0,004 (0,26)	-0,103*** (3,69)

Arbeitslosigkeitsentwicklung – Frauen	0,0002 (0,03)	-0,005 (0,60)
Arbeitslosigkeit – Ausländer	0,098*** (3,91)	-0,021 (0,48)
Arbeitslosigkeitsentwicklung – Ausländer	0,0004 (0,19)	0,005 (1,23)
Jugendarbeitslosigkeit	-0,018** (2,25)	0,028** (2,55)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,032** (2,56)	0,064*** (3,40)
Ausbildungsplatzdichte	-0,023** (2,07)	-0,017 (1,20)
Tertiärer Sektor	-0,024*** (2,71)	0,013 (0,83)
Auslandsumsatz	-0,0001 (0,11)	-0,005 (2,27)
Wertschöpfung	-0,000 (0,83)	0,000 (0,16)
Wohnfläche	0,032 (0,96)	-0,064 (1,06)
Wohnflächenentwicklung	0,446*** (4,93)	0,610*** (4,20)
Wohnungsbauförderung	-0,003** (2,05)	-0,009*** (4,40)
Wohndichte	0,008 (0,47)	0,097*** (3,22)
Konstante	9,59*** (3,26)	19,59*** (4,17)
<i>Anzahl der Beobachtungen</i>	878	878

*Hinweis:* absolute t-Werte in Klammern; „\*\*\*“, „\*\*“ und „\*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test).

**Tabelle 4:**  
**Schätzergebnisse für Determinanten des Wahlerfolges in alten und neuen**  
**Bundesländern (Random Effects Panel GLS)**

<i>Variable</i>	<i>Republikaner Alte Länder</i>	<i>PDS Neue Länder</i>
Stadtkreis	0,115 (0,41)	6,56*** (4,69)
Ostdeutschland	---	---
Wahl 1994	2,915*** (13,82)	-36,118*** (7,84)
Ausländer	0,148** (2,07)	0,549* (1,75)
Ausländerentwicklung	-0,035 (0,43)	11,676*** (7,57)
Jugend	-0,336* (1,86)	-2,063*** (3,32)
Jugendentwicklung	0,097*** (4,37)	-0,795** (2,46)**
Senioren	-0,011 (0,18)	-0,687*** (3,16)
Seniorenentwicklung	-0,003 (0,16)	0,562* (1,78)
Sozialhilfeempfänger	-0,009 (1,32)	0,011 (0,24)
Sozialhilfeentwicklung	-0,005*** (2,82)	-0,006 (0,65)
Sozialhilfe – Ausländer	-0,073*** (9,59)	-0,149*** (7,64)
Wohngeldempfänger	-0,054*** (6,66)	-0,021 (1,00)
Höherqualifizierte	-0,041 (0,86)	0,097 (0,57)
Höhere Schüler	0,004 (0,44)	0,048 (0,47)
Höhere Schüler – Ausländer	-0,051* (1,66)	1,788 (1,61)
Studenten	0,001 (0,42)	-0,027 (1,54)
Volkshochschulangebot	0,001 (0,62)	0,004 (0,27)

Lohn	-0,0001 (0,90)	0.000 (0.90)
Arbeitslosigkeit	0,357*** (6,85)	0.029 (0.24)
Arbeitslosigkeitsentwicklung	-0,117 (0,94)	0.030 (0.89)
Arbeitslosigkeit – Frauen	0,018 (0,84)	-0.103 (1.14)
Arbeitslosigkeitsentwicklung – Frauen	0,008 (1,10)	-0.003 (0.02)
Arbeitslosigkeit – Ausländer	0,118*** (3,96)	-0.960* (1.84)*
Arbeitslosigkeitsentwicklung – Ausländer	0,002 (0,74)	-0.408*** (4.34)
Jugendarbeitslosigkeit	-0,018* (1,74)	-0.001 (0.04)
Langzeitarbeitslosigkeit	-0,066*** (3,92)	0.110** (2.39)
Ausbildungsplatzdichte	-0,008 (0,57)	-0.046 (1.35)
Tertiärer Sektor	-0,015 (1,42)	0.026 (0.63)
Auslandsumsatz	-0,0002 (0,16)	0.004 (0.39)
Wertschöpfung	-0,000 (0,41)	0.000 (0.53)
Wohnfläche	0,025 (0,54)	-0.422*** (3.16)
Wohnflächenentwicklung	0,356*** (3,19)	22.630*** (7.94)
Wohnungsbauförderung	-0,002 (0,58)	-0.0001 (0.03)
Wohndichte	-0,020 (0,94)	0.078 (0.97)
Konstante	7,508** (2,01)	-75,53*** (3,34)
<i>Zahl der Beobachtungen</i>	656	222

*Hinweis:* absolute t-Werte in Klammern; „\*\*\*“, „\*\*“ und „\*“ bezeichnen statistische Signifikanz auf dem 1-, 5- bzw. 10-Prozent-Niveau Ablehnungswahrscheinlichkeit (zweiseitiger Test gegen Nullhypothese  $H_0: a_i = 0$ ).

## Literaturverzeichnis

Armingeon, Klaus: (1995) Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich. *Schweizer Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1 (4), S. 41-64.

Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: (1998) „Annäherung durch Wandel?“ Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52/98, S. 33-43.

Arzheimer, Kai/Klein, Markus: (1997) Die Wählerinnen und Wähler der PDS und der REP in West- und Ostdeutschland. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* 8, Baden-Baden: Nomos, S. 39-63.

Arzheimer, Kai/Klein, Markus: (1999) Liberalismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich. Bestandsaufnahme und Zukunftsszenarien. In: Fritz Plasser u.a. (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt/Main u.a.: Lang, S. 31-63.

Backes, Uwe: (1990) Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 20 (1), S. 7-17.

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz/Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hg.): (2000a) Verfassungsschutzbericht Bayern 1999. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/Publikationen.htm> (August 2000).

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz/Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hg.): (2000b) Verfassungsschutzbericht Bayern – 1. Halbjahr 2000. <http://www.verfassungsschutz.bayern.de/Publikationen.htm> (August 2000).

Betz, Hans-Georg: (1990a) Post-modern anti-modernism: The West German Republikaner. *Politics and Society in Germany, Austria and Switzerland* 2 (3), S. 1-22.

Betz, Hans-Georg: (1990b) Politics of resentment: Right-wing radicalism in West Germany. *Comparative Politics* 23 (1), S. 45-60.

Betz, Hans-Georg: (1996) Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa. *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 27

Betz, Hans-Georg: (1998) Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9-10/98, S. 3-12.

Betz, Hans-Georg/Welsh, Helga A.: (1995) The PDS in the new German party system. *German Politics* 4 (3), S. 92-111.

von Beyme, Klaus: (1988) Right-wing extremism in post-war Europe. *West European Politics* 11, S. 1-18.

Bijlsma, T./Koopmans, F.: (1996) Voting for the extreme right in Amsterdam. *Sociologische Gids* 43 (3), S. 171-182.

Billiet, Jaak/De Witte, Hans: (1995) Attitudinal dispositions to vote for a „new“ extreme right-wing party: The case of „Vlaams Blok“. *European Journal of Political Research* 27 (2), S. 181-202.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): (div. Jg.) *Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden*. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): (1999a) *Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Agitation, Ziele, Wahlen*. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz.

Bundesamt für Verfassungsschutz/Bundesministerium des Inneren (Hg.): (1999b) *Verfassungsschutzbericht 1998*. <http://www.verfassungsschutz.de> (August 2000).

Bundesamt für Verfassungsschutz/Bundesministerium des Inneren (Hg.): (2000) *Verfassungsschutzbericht 1999*. <http://www.verfassungsschutz.de> (August 2000).

Bundesministerium des Inneren (Hg.): (2000) *Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1999*. Pressemitteilung vom 04.04.2000. <http://www.bmi.de> (April 2000).

Butterwegge, Christoph: (1999) Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus im Zeitalter der Globalisierung. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 28 (1), S. 87-89.

Deinert, Rudolf G.: (1998) Die PDS, die rechten Parteien und das Alibi der „Politikverdrossenheit“. Die Beweggründe westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wähler auf dem empirischen Prüfstand. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (3), S. 422-441.

Dubiel, Helmut: (1986) The specter of populism. *Berkeley Journal of Sociology* 31, S. 79-91.

Falter, Jürgen W.: (1994) Zur Psychographie der Wähler der Republikaner und der DVU. Probleme, Sorgen und Einstellungen. *Politische Studien* 336, S. 68-91.

Falter, Jürgen/Klein, Markus: (1994) Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51-52/94, S. 22-34.

Fascher, Eckhard: (1997) Die politischen Erfolgsaussichten der „Republikaner“ in Deutschland. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28 (1), S. 21-29.

Forschungsgruppe Wahlen: (1989) Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament 15. bis 18. Juni 1989. *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V.* 54, Mannheim, 22. Juni 1989.

Friedrichsen, Mike/Schulz, Wolfram/Wolling, Jens: (1995) Die Republikaner als Medienereignis. Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhauswahl in Berlin 1989. *Publizistik* 40 (2), S. 129-151.

Funke, Hajo: (1989) „Auszug der Deutschen aus der babylonischen Gefangenschaft“. Über Potentiale, Programmatik und Traditionslinien der „Republikaner“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34 (8), S. 937-945.

Götz, Norbert: (1997) Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. *Zeitschrift für Soziologie* 26 (6), S. 393-413.

Greene, William H.: (1993) *Econometric Analysis*. New York u.a.: Macmillan (2. Aufl.).

Gujarati, Damodar N.: (1995) *Basic Econometrics*. New York: McGraw-Hill (3. Aufl.).

Hardy, Christianne C.: (1994) European political parties and the European Union: Some disintegrating trends of integration. *World Affairs* 157 (1), S. 50-58.

Hertel, Gerhard: (2000) *Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz*. München: Hanns-Seidel-Stiftung (Aktuelle Analysen 19).

Hirscher, Gerhard/Segall, Peter Christian (Hg.): (2000) *Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven*. München: Hanns-Seidel-Stiftung (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 20).

Hoecker, Beate: (1996) Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21-22/96, S. 23-33.

Hopf, Wulf: (1994) Right-wing extremism of German adolescents: No relation to social deprivation? *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 14 (3), S. 194-211.

Ignazi, Piero: (1992) The silent counter-revolution. Hypotheses on the emergence of extreme right-wing parties in Europe. *European Journal of Political Research* 22, S. 3-34.

Infratest dimap: (1999) Europa TREND 1. Welle, Mai 1999, <http://www.infratest-dimap.de/politik/europa99/et1.html> (Oktober 2000).

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): (1995) Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1994, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): (1999) Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1998, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.): (2000) Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1999, <http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm> (August 2000).

Jagodzinski, Wolfgang/Friedrichs, Jürgen/Dulmer, Hermann: (1995) Urban conflict and voting pattern: Some tentative generalizations from the last state election in Hamburg. *Res Publica* 37 (2), S. 177-188.

Jung, Helmut: (1994) Wertorientierungen von Nicht- und Protestwählern. *Politische Studien* 336, S. 5-34.



- Knigge, Pia: (1998) The ecological correlates of right-wing extremism in Western Europe. *European Journal of Political Research* 34 (2), S. 249-279.
- Krell, Gert/Nicklas, Hans/Ostermann, Anne: (1996) Immigration, asylum, and anti-foreigner violence in Germany. *Journal of Peace Research* 33 (2), S. 153-170.
- Kuechler, Manfred: (1994) Germans and „others“: Racism, xenophobia, or „legitimate conservatism“? *German Politics* 3 (1), S. 47-74.
- Land, Rainer/Possekkel, Ralf: (1995) On the internal dynamics of the PDS: The Leninist challenge and the challenge to Leninism. *Constellations* 2 (1), S. 51-61.
- Lepszy, Norbert: (1989) Die Republikaner. Ideologie, Programm, Organisation. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41-42/89, S. 3-9.
- Mayer, Nonna: (1996) Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National. *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 27, S. 388-405.
- Mayer, Nonna/Perrineau, Pascal: (1992) Why do they vote for Le Pen? *European Journal of Political Research* 22, S. 123-141.
- Meijerink, Frits/Mudde, Cas/Van Holsteyn, Joop: (1998) Right-wing extremism. *Acta Politica* 33 (2), S. 165-178.
- Meloen, J.D. u.a.: (1988) Authoritarianism and the revival of political racism: Reassessments in the Netherlands of the reliability and validity of the concept of authoritarianism by Adorno et al. *Political Psychology* 9 (3), S. 413-429.
- Menudier, Henri: (1998) Saxe-Anhalt: Inquiétante poussée de l'extrême-droite. *Documents. Revue des Questions allemandes* 53 (2), S. 18-24.
- Moreau, Patrick: (1988) Le „mouvement de la paix“ en RFA dans les années 80: Vers une identité et des pratiques communistes nouvelles. *Communisme* 18-19, S. 179-205.
- Mudde, Cas: (1995) Right-wing extremism analyzed. A comparative analysis of the ideologies of three alleged right-wing extremist parties (NPD, NDP, CP'86). *European Journal of Political Research* 27, S. 203-224.
- Neu, Viola: (1999) *Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer*. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Analysen und Positionen).
- Neu, Viola: (2000) Die PDS im Westen: Zwischen Stagnation und Aufbruch? In: Gerhard Hirscher/Peter Christian Segall (Hg.), *Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven*. München: Hanns-Seidel-Stiftung (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 20), S. 59-87.
- Neugebauer, Gero: (1994) Im Aufschwung Ost. Die PDS. Eine Bilanz. *Gegenwartskunde* 43 (4), S. 431-444.

Niedermayer, Oskar: (1994) Europäisches Parlament und öffentliche Meinung. In: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 29-44.

Oswald, Franz: (1996) The Party of Democratic Socialism: Ex-communists entrenched as east German regional protest party. *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 12 (2), S. 173-195.

Patton, David F.: (1998) Germany's Party of Democratic Socialism in comparative perspective. *East European Politics and Societies* 12 (3), S. 500-526.

Polikeit, Georg: (1994) Confrontation between reformism and class struggle: A current evaluation of Germany's Party of Democratic Socialism. *Nature, Society, and Thought* 7 (4), S. 449-468.

Rippl, Susanne u.a.: (1998) Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja, warum? Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen. *Politische Vierteljahresschrift* 39 (4), S. 758-774.

Rippl, Susanne/Schmidt, Peter/Schurhoff, Roland/Seipel, Christian: (1991) Determinants of party sympathy for the „Republikaner“: A regional study. *Journal für Sozialforschung* 31 (2), S. 147-162.

Roth, Dieter: (1990) Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37-38/90, S. 27-39.

Roth, Dieter: (1994) Die Europawahl 1989. In: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 47-62.

Saalfeld, Thomas: (1993) The politics of national-populism: Ideology and policies of the German Republikaner party. *German Politics* 2 (2), S. 177-199.

Scheffer, Paul: (1995) Het onbehagen in de democratie. *Res Publica* 37 (2), S. 141-159.

Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans D.: (1967) Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 12, S. 11-19.

Schmitt, Hermann: (1994) Was war „europäisch“ am Europawahlverhalten der Deutschen? In: Oskar Niedermayer/Hermann Schmitt (Hg.), *Wahlen und Europäische Einigung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63-83.

Schneeweiß, Hans: (1990) *Ökonometrie*. Heidelberg: Physica-Verlag (4. Aufl.).

Thompson, Wayne C.: (1996) The Party of Democratic Socialism in the new Germany. *Communist and Post-Communist Studies* 29 (4), S. 435-452.

Thränhardt, Dietrich: (1995) The political uses of xenophobia in England, France and Germany. *Party Politics* 1 (3), S. 323-345.

Torfs, Koen: (1991) Verschillen in stemgedrag bij gemeenteraadsverkiezingen en socio-economische kenmerken van gemeenten. *Res Publica* 33 (2), S. 205-227.

Westle, Bettina: (1992) Strukturen nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44 (3), S. 461-488.

Westle, Bettina/Niedermayer, Oskar: (1992) Contemporary right-wing extremism in West Germany: „The Republicans“ and their electorate. *European Journal of Political Research* 22 (1), S. 83-100.

## IZA Discussion Papers

No	Author(s)	Titel	Area	Date
141	R. Hujer M. Wellner	The Effects of Public Sector Sponsored Training on Individual Employment Performance in East Germany	6	4/00
142	J. J. Dolado F. Felgueroso J. F. Jimeno	Explaining Youth Labor Market Problems in Spain: Crowding-Out, Institutions, or Technology Shifts?	3	4/00
143	P. J. Luke M. E. Schaffer	Wage Determination in Russia: An Econometric Investigation	4	4/00
144	G. Saint-Paul	Flexibility vs. Rigidity: Does Spain have the worst of both Worlds?	1	4/00
145	M.-S. Yun	Decomposition Analysis for a Binary Choice Model	7	4/00
146	T. K. Bauer J. P. Haisken-DeNew	Employer Learning and the Returns to Schooling	5	4/00
147	M. Belot J. C. van Ours	Does the Recent Success of Some OECD Countries in Lowering their Unemployment Rates Lie in the Clever Design of their Labour Market Reforms?	3	4/00
148	L. Goerke	Employment Effects of Labour Taxation in an Efficiency Wage Model with Alternative Budget Constraints and Time Horizons	3	5/00
149	R. Lalive J. C. van Ours J. Zweimüller	The Impact of Active Labor Market Programs and Benefit Entitlement Rules on the Duration of Unemployment	3/6	5/00
150	J. DiNardo K. F. Hallock J.-St. Pischke	Unions and the Labor Market for Managers	7	5/00
151	M. Ward	Gender, Salary and Promotion in the Academic Profession	5	5/00
152	J. J. Dolado F. Felgueroso J. F. Jimeno	The Role of the Minimum Wage in the Welfare State: An Appraisal	3	5/00
153	A. S. Kalwij M. Gregory	Overtime Hours in Great Britain over the Period 1975-1999: A Panel Data Analysis	3	5/00
154	M. Gerfin M. Lechner	Microeconomic Evaluation of the Active Labour Market Policy in Switzerland	6	5/00
155	J. Hansen	The Duration of Immigrants' Unemployment Spells: Evidence from Sweden	1/3	5/00

156	C. Dustmann F. Fabbri	Language Proficiency and Labour Market Performance of Immigrants in the UK	1	5/00
157	P. Apps R. Rees	Household Production, Full Consumption and the Costs of Children	7	5/00
158	A. Björklund T. Eriksson M. Jäntti O. Raaum E. Österbacka	Brother Correlations in Earnings in Denmark, Finland, Norway and Sweden Compared to the United States	5	5/00
159	P.- J. Jost M. Kräkel	Preemptive Behavior in Sequential Tournaments	5	5/00
160	M. Lofstrom	A Comparison of the Human Capital and Signaling Models: The Case of the Self-Employed and the Increase in the Schooling Premium in the 1980's	5	6/00
161	V. Gimpelson D. Treisman G. Monusova	Public Employment and Redistributive Politics: Evidence from Russia's Regions	4	6/00
162	C. Dustmann M. E. Rochina-Barrachina	Selection Correction in Panel Data Models: An Application to Labour Supply and Wages	6	6/00
163	R. A. Hart Y. Ma	Why do Firms Pay an Overtime Premium?	5	6/00
164	M. A. Shields S. Wheatley Price	Racial Harassment, Job Satisfaction and Intentions to Quit: Evidence from the British Nursing Profession	5	6/00
165	P. J. Pedersen	Immigration in a High Unemployment Economy: The Recent Danish Experience	1	6/00
166	Z. MacDonald M. A. Shields	The Impact of Alcohol Consumption on Occupational Attainment in England	5	6/00
167	A. Barrett J. FitzGerald B. Nolan	Earnings Inequality, Returns to Education and Immigration into Ireland	5	6/00
168	G. S. Epstein A. L. Hillman	Social Harmony at the Boundaries of the Welfare State: Immigrants and Social Transfers	3	6/00
169	R. Winkelmann	Immigration Policies and their Impact: The Case of New Zealand and Australia	1	7/00
170	T. K. Bauer K. F. Zimmermann	Immigration Policy in Integrated National Economies	1	7/00
171	C. Dustmann F. Windmeijer	Wages and the Demand for Health – A Life Cycle Analysis	5	7/00
172	D. Card	Reforming the Financial Incentives of the Welfare System	3	7/00
173	D. S. Hamermesh	Timing, Togetherness and Time Windfalls	5	7/00

174	E. Fehr J.-R. Tyran	Does Money Illusion Matter? An Experimental Approach	7	7/00
175	M. Lofstrom	Self-Employment and Earnings among High-Skilled Immigrants in the United States	1	7/00
176	O. Hübler W. Meyer	Industrial Relations and the Wage Differentials between Skilled and Unskilled Blue-Collar Workers within Establishments: An Empirical Analysis with Data of Manufacturing Firms	5	7/00
177	B. R. Chiswick G. Repetto	Immigrant Adjustment in Israel: Literacy and Fluency in Hebrew and Earnings	1	7/00
178	R. Euwals M. Ward	The Renumeration of British Academics	5	7/00
179	E. Wasmer P. Weil	The Macroeconomics of Labor and Credit Market Imperfections	2	8/00
180	T. K. Bauer I. N. Gang	Sibling Rivalry in Educational Attainment: The German Case	5	8/00
181	E. Wasmer Y. Zenou	Space, Search and Efficiency	2	8/00
182	M. Fertig C. M. Schmidt	Discretionary Measures of Active Labor Market Policy: The German Employment Promotion Reform in Perspective	6	8/00
183	M. Fertig C. M. Schmidt	Aggregate-Level Migration Studies as a Tool for Forecasting Future Migration Streams	1	8/00
184	M. Corak B. Gustafsson T. Österberg	Intergenerational Influences on the Receipt of Unemployment Insurance in Canada and Sweden	3	8/00
185	H. Bonin K. F. Zimmermann	The Post-Unification German Labor Market	4	8/00
186	C. Dustmann	Temporary Migration and Economic Assimilation	1	8/00
187	T. K. Bauer M. Lofstrom K. F. Zimmermann	Immigration Policy, Assimilation of Immigrants and Natives' Sentiments towards Immigrants: Evidence from 12 OECD-Countries	1	8/00
188	A. Kapteyn A. S. Kalwij A. Zaidi	The Myth of Worksharing	5	8/00
189	W. Arulampalam	Is Unemployment Really Scarring? Effects of Unemployment Experiences on Wages	3	8/00
190	C. Dustmann I. Preston	Racial and Economic Factors in Attitudes to Immigration	1	8/00

191	G. C. Giannelli C. Monfardini	Joint Decisions on Household Membership and Human Capital Accumulation of Youths: The role of expected earnings and local markets	5	8/00
192	G. Brunello	Absolute Risk Aversion and the Returns to Education	5	8/00
193	A. Kunze	The Determination of Wages and the Gender Wage Gap: A Survey	5	8/00
194	A. Newell F. Pastore	Regional Unemployment and Industrial Restructuring in Poland	4	8/00
195	F. Büchel A. Mertens	Overeducation, Undereducation, and the Theory of Career Mobility	5	9/00
196	J. S. Earle K. Z. Sabirianova	Equilibrium Wage Arrears: A Theoretical and Empirical Analysis of Institutional Lock-In	4	9/00
197	G. A. Pfann	Options to Quit	1	9/00
198	M. Kreyenfeld C. K. Spiess G. G. Wagner	A Forgotten Issue: Distributional Effects of Day Care Subsidies in Germany	3	9/00
199	H. Entorf	Rational Migration Policy Should Tolerate Non-Zero Illegal Migration Flows: Lessons from Modelling the Market for Illegal Migration	1	9/00
200	T. Bauer G. S. Epstein I. N. Gang	What are Migration Networks?	1	9/00
201	T. J. Dohmen G. A. Pfann	Worker Separations in a Nonstationary Corporate Environment	1	9/00
202	P. Francois J. C. van Ours	Gender Wage Differentials in a Competitive Labor Market: The Household Interaction Effect	5	9/00
203	J. M. Abowd F. Kramarz D. N. Margolis T. Philippon	The Tail of Two Countries: Minimum Wages and Employment in France and the United States	5	9/00
204	G. S. Epstein	Labor Market Interactions Between Legal and Illegal Immigrants	1	10/00
205	A. L. Booth M. Francesconi J. Frank	Temporary Jobs: Stepping Stones or Dead Ends?	1	10/00
206	C. M. Schmidt R. Baltussen R. Sauerborn	The Evaluation of Community-Based Interventions: Group-Randomization, Limits and Alternatives	6	10/00
207	C. M. Schmidt	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und ihre Evaluierung: eine Bestandsaufnahme	6	10/00

208	J. Hartog R. Winkelmann	Dutch Migrants in New Zealand: Did they Fare Well?	1	10/00
209	M. Barbie M. Hagedorn A. Kaul	Dynamic Efficiency and Pareto Optimality in a Stochastic OLG Model with Production and Social Security	3	10/00
210	T. J. Dohmen	Housing, Mobility and Unemployment	1	11/00
211	A. van Soest M. Das X. Gong	A Structural Labour Supply Model with Nonparametric Preferences	5	11/00
212	X. Gong A. van Soest P. Zhang	Sexual Bias and Household Consumption: A Semiparametric Analysis of Engel Curves in Rural China	5	11/00
213	X. Gong A. van Soest E. Villagomez	Mobility in the Urban Labor Market: A Panel Data Analysis for Mexico	1	11/00
214	X. Gong A. van Soest	Family Structure and Female Labour Supply in Mexico City	5	11/00
215	J. Ermisch M. Francesconi	The Effect of Parents' Employment on Children's Educational Attainment	5	11/00
216	F. Büchel	The Effects of Overeducation on Productivity in Germany — The Firms' Viewpoint	5	11/00
217	J. Hansen R. Wahlberg	Occupational Gender Composition and Wages in Sweden	5	11/00
218	C. Dustmann A. van Soest	Parametric and Semiparametric Estimation in Models with Misclassified Categorical Dependent Variables	1	11/00
219	F. Kramarz T. Philippon	The Impact of Differential Payroll Tax Subsidies on Minimum Wage Employment	5	11/00
220	W. A. Cornelius E. A. Marcelli	The Changing Profile of Mexican Migrants to the United States: New Evidence from California and Mexico	1	12/00



221	C. Grund	Wages as Risk Compensation in Germany	5	12/00
222	W.P.M. Vijverberg	Betit: A Family That Nests Probit and Logit	7	12/00
223	M. Rosholm M. Svarer	Wages, Training, and Job Turnover in a Search-Matching Model	1	12/00
224	J. Schwarze	Using Panel Data on Income Satisfaction to Estimate the Equivalence Scale Elasticity	3	12/00
225	L. Modesto J. P. Thomas	An Analysis of Labour Adjustment Costs in Unionized Economies	1	12/00
226	P. A. Puhani	On the Identification of Relative Wage Rigidity Dynamics: A Proposal for a Methodology on Cross-Section Data and Empirical Evidence for Poland in Transition	4/5	12/00
227	L. Locher	Immigration from the Eastern Block and the former Soviet Union to Israel: Who is coming when?	1	12/00
228	G. Brunello S. Comi C. Lucifora	The College Wage Gap in 10 European Countries: Evidence from Two Cohorts	5	12/00
229	R. Coimbra T. Lloyd-Braga L. Modesto	Unions, Increasing Returns and Endogenous Fluctuations	1	12/00
230	L. Modesto	Should I Stay or Should I Go? Educational Choices and Earnings: An Empirical Study for Portugal	5	12/00
231	G. Saint-Paul	The Economics of Human Cloning	5	12/00
232	E. Bardasi M. Francesconi	The Effect of Non-Standard Employment on Mental Health in Britain	5	12/00
233	C. Dustmann C. M. Schmidt	The Wage Performance of Immigrant Women: Full-Time Jobs, Part-Time Jobs, and the Role of Selection	1	12/00
234	R. Rotte M. Steininger	Sozioökonomische Determinanten extremistischer Wahlerfolge in Deutschland: Das Beispiel der Europawahlen 1994 und 1999	3	12/00